

# DISKUS

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

MITTEILUNGSBLATT DER  
VEREINIGUNG VON  
FREUNDEN U. FÖRDERERN  
DER JOHANN WOLFGANG  
GOETHE-UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN E. V.

2. Jahrgang — Heft 7 Preis 10 Pfg.

Juli 1952

Verlagsort Frankfurt a. M.

### 20. Juli in Permanenz

Die Geschichte des Widerstands gegen Hitler und ihr Höhepunkt, die Verschwörung vom 20. Juli 1944, gehört zu den wenigen Argumenten, die nach 1945 gegen die propagierte „Kollektivschuld des deutschen Volkes“ anzuführen waren. Der General Olbricht, der Graf Stauffenberg, Feldmarschall von Witzleben, Dr. Goerdeler, Theo Haubach, Graf Yorck von Wartenburg hatten damals aus der Verantwortung für ihr Volk und für die Menschlichkeit eine Revolution gewagt.

Sie wagten den Staatsstreich, obwohl noch ein großer Teil der Bevölkerung an Hitlers „Endsieg“ glaubte, und es gewiß war, daß die üble Nachrede von Verrat und Dolchstoß sich an ihre Tat heften würde. Aber sie wollten, wie General von Tresckow seinen Freunden aus dem Gefängnis schrieb, „vor der Welt und vor der Geschichte beweisen“, daß Deutschland dies Regime nicht länger ertrüge. Daß die Wiederherstellung des Rechts bald auch zu einem Wiedererwachen des moralischen Bewußtseins geführt hätte, war ihre Hoffnung.

Den Jahrestag jenes mißglückten Aufstands zu feiern, ist nicht möglich. Er ist kein Sedanstag, mit Fahnen, Aufmärschen und Schulfrei. Aber er ist die ernste Gelegenheit, an die Härte der Wirklichkeit zu denken, die so leicht und gern vergessen wird. Denn hatten die Verschwörer damals viel Hoffnung, einen besseren Frieden für Deutschland zu erreichen, als er nach einem Kampf bis zur bedingungslosen Kapitulation zu erwarten war? Vielleicht handelten sie in dieser Illusion, obwohl jene Forderung seit der Konferenz von Casablanca die lauteste Parole der Alliierten war. Zu Kompromissen mit einer neuen Regierung wären die Alliierten wohl nur dann bereit gewesen, wenn diese Regierung noch über genügend Machtmittel verfügt hätte, um den Krieg länger fortführen zu können. Wir dürfen zwar heute annehmen, daß es nicht zu den Beschlüssen von Jalta gekommen wäre, mit der Oder-Neiße-Linie und der Aufteilung Deutschlands in vier Zonen und ihrer Konsequenz, den beiden deutschen Republiken ohne Zusammenhalt. Unsere Städte hätte ein Waffenstillstand oder ein Friedensschluß zu früherer Zeit vor

den grausigen Zerstörungen bewahrt und Hunderttausende wären am Leben geblieben.

Diese Schrecken vorauszusehen, war aber auch nur ein Jahr vor dem Ende des Krieges noch nicht möglich. Was



Dr. Franz Karl Goerdeler

also die Verschwörer gegen Hitler zum Handeln brachte, ist nicht die Angst vor dem kommenden Grauen gewesen. Ihnen war eine Gegenwart schon Forderung genug, die sie selbst noch nicht einmal in aller Härte an ihrem Leibe verspürten. Sie riskierten den Aufstand, gegen alle deutsche Tradition, gegen den Staat, gegen die Ordnung, ja, sogar gegen den Dienst, weil sie begriffen hatten, daß die Menschlichkeit unter dieser staatlichen Ordnung vollends zugrunde gehen würde. Verantwortung für ihre Mitmenschen ließ sie zu Kämpfern gegen eine grausame, menschenverachtende Diktatur werden.

### Gegen „die Amnestierten“

„Das Parlament der Johann Wolfgang Goethe-Universität möge den AStA beauftragen:

1. jegliches weitere Auftreten des Studentenkabarets „Die Amnestierten“ an der Universität zu verbieten,
2. bei den anderen hessischen Hochschulen darauf hinzuwirken, daß dem Studentenkabarett „Die Amnestierten“ das Auftreten bei ihnen untersagt wird,
3. dem Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) von der Aufführung am 8. 7. 1952 in der Aula der Frankfurter Universität Bericht zu geben.

Begründung: Antisemitische Tendenzen im Programm der „Amnestierten“.

So lautete der Dringlichkeitsantrag, den der Kulturreferent des AStA, Hubert Adler, in der ordentlichen Sitzung des Studentenparlaments am 9. Juli 1952 stellte. Der Antrag wurde bei einer Stimmenthaltung und einer Gegenstimme (stud. phil. Flickschuh) angenommen.

(Siehe auch Seite 8)

Ihre moralische Größe und die Bedeutung, die der Widerstand gegen Hitler für die deutsche Geschichte hat, sollte uns bewußt werden, wenn wir daran denken, daß dieser Widerstand gegen ein totalitäres System im mittleren und östlichen Teil Deutschlands nie aufgehört hat. Zehntausende sitzen dort wieder in Gefängnissen und Konzentrationslagern, weil sie — aus dem gleichen Geist wie die Verschwörer vor acht Jahren — die Kraft fanden, sich der Tyrannei entgegenzuwerfen. Unter ihnen sind über dreihundert Studenten und Professoren. Sie wollten „der Welt ein Zeichen geben“; wie damals der General von Tresckow, so hat im Jahre 1950 ein Student dem sowjetischen Untersuchungsrichter fast die gleichen Worte sagen können.

Aber ist die Welt fähig, diesmal das Zeichen zu verstehen? Es signalisiert ja nicht nur die eigene Not und Gefahr des elenden Untergangs. Sein Sinn ist, daß um die Rettung der Menschlichkeit immerfort gekämpft werden muß, und daß die Welt, diesen Kampf zu durchstehen, nicht denen überlassen darf, die die Zufälle und die Unvernunft der großen Politik dazu verurteilt hat.

Den noch einmal Davongekommenen kann die eigene Vergeßlichkeit und moralische Trägheit ebenso leicht zur Gewohnheit wie zum Verhängnis werden.

Eduard Darsen.

### Interview mit dem Bundeskanzler

Bei seinem Besuch der Universität Frankfurt hat sich Bundeskanzler Dr. Adenauer mit einem Redakteur der DISKUS unterhalten, der den Kanzler nach seinem Eindruck von den Studenten befragte.

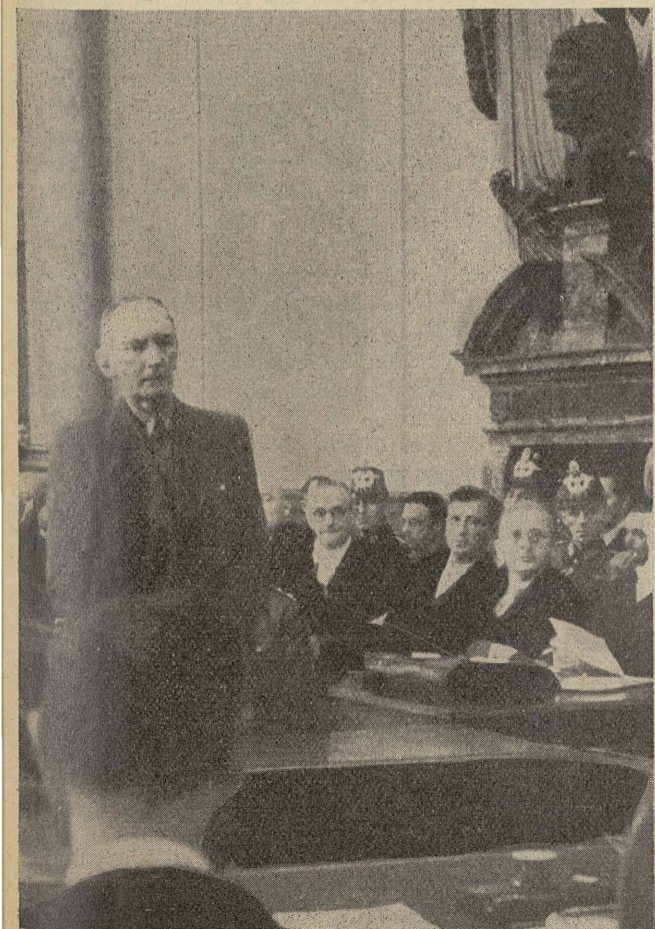
Der Bundeskanzler antwortete: „Wenn ich an einer solchen Veranstaltung teilnehme, besehe ich mir immer die Gesichter der Zuhörer, und wenn man etwas Erfahrung darin hat, kann man aus den Gesichtern lesen. Ich habe von der Versammlung, aber auch von den Studenten auf dem Flur wirklich einen guten Eindruck bekommen und wiederum die Ansicht widerlegt gesehen, daß die deutschen Studenten von der Politik nichts wissen wollten. Wenn man den deutschen Studenten entscheidende politische Fragen vorträgt, dann habe ich immer gefunden, daß sie das sehr gut verstehen und daß sie ein gesundes politisches Verständnis haben.“

Auf die Frage, ob er eine Viermächte-Konferenz vor der Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge für wünschenswert halte, sagte der Bundeskanzler: „Ich wünsche eine Viermächte-Konferenz, sei es vor oder nach der Ratifizierung, wenn auch nur ein gewisser Erfolg zu sehen ist. Ich

würde aber die Aussichten, zu einer Verständigung mit der Sowjet-Union zu gelangen, dadurch für beeinträchtigt halten, daß die Ratifizierung verzögert wird.“

Ob die Ratifizierung eine Verschärfung der politischen Situation bedeuten würde, fragten wir. Der Bundeskanzler sagte: „Das wird nur vorübergehend sein. Wenn der Russe einsieht, daß er mit seiner Politik des kalten Krieges in Europa keine Aussichten hat, dann wird er gezwungen sein, sich zu überlegen, welche Politik er einschlagen soll. Ich glaube nicht, daß er den heißen Krieg will.“

Über das Wiederauftreten ehemaliger prominenter Nationalsozialisten in der deutschen Politik, besonders des früheren Frankfurter Oberbürgermeisters in der Zeit von 1933 bis 1945, Dr. Krebs, in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung, äußerte Dr. Adenauer: „Ich glaube nicht, daß Krebs ein solch bedeutender Politiker ist, daß er eine Gefahr für die Demokratie darstellen könnte. Aber ich bin der Ansicht, daß ehemalige prominente Nationalsozialisten, auch wenn sie heute ihre Meinung geändert haben, sich im politischen Leben zurückhalten sollten.“



Marschall v. Witzleben vor dem Gericht



# Für und wider den Generalvertrag

Zu Prof. Drost's scharf geäußelter Ablehnung gegen den Generalvertrag sich zu äußern, hatten wir unsere Leser aufgefordert. Seine juristischen Beweise der ausschlaggebenden Stellung Frankreichs wird mit einem Hinweis auf die realen Möglichkeiten eingeschränkt und durch eine Definition der westalliierten Ziele unterstützt. — Aber wir erwarten noch mehr Diskussion!

Die Redaktion

## Ein Schritt vorwärts

Aus juristischen Bedenken politische Konsequenzen zu ziehen — das ist die Methode, die Prof. Drost in seiner Kritik am Generalvertrag anwendet. Die Berechtigung solcher Bedenken soll nicht geleugnet werden, sie wird offenbar auch von den Befürwortern des Generalvertrags anerkannt. Solche Kritik kann durchaus verdienstvoll sein, denn sie räumt mit Illusionen auf, die hier und dort an den Abschluß des Vertrages geknüpft sein mögen. Man sollte jedoch von der Kritik erwarten, daß sie sich ernsthafter mit der politischen Situation auseinandersetzt, aus der heraus dieses Vertragswerk geschaffen wurde, und daß sie auch die Bedenken der Gegenseite ernst nimmt.

Das deutsche Volk hat vor sieben Jahren einen Krieg verloren, den es selbst heraufbeschworen hatte; es hat dadurch seine heutige Situation, in der vier andere Mächte das entscheidende Wort über sein Schicksal sprechen, selbst verschuldet. Wie kann man annehmen, daß es der deutschen Politik heute möglich sein sollte, alle unsere Wünsche hinsichtlich der Wiedervereinigung und der Wiedererlangung der Souveränität mit einem Schläge gegenüber unseren ehemaligen Gegnern durchzusetzen? Die Siegermächte haben ein regles und sehr gerechtfertigtes Interesse daran, sich gegen das Wiedererstehen einer allzu selbstherrlichen deutschen Macht zu sichern, und mit dieser Realität haben wir zu rechnen. Daß sich unter solchen Umständen nur ein Kompromiß zwischen unseren Wünschen und den Interessen der Anderen erreichen läßt, kann nicht bestritten werden.

Der Generalvertrag gibt der Bundesrepublik einen wesentlichen Teil ihrer Souveränitätsrechte zurück, die ihr vorher durch das Besatzungsstatut vorenthalten waren. Dieser offensichtliche Fortschritt wird durch die in Art. 2 niedergelegten Vorbehaltsrechte der Alliierten nur geschmälert, aber nicht aufgehoben. Betrachten wir doch die konkrete Situation! Die Fähigkeit Deutschlands, seine staatliche Gestalt selbst zu bestimmen, ist durch die Anwesenheit zweier feindlicher Mächtegruppen auf deutschem Boden faktisch aufgehoben, gleichviel, ob wir diesen Zustand anerkennen oder nicht — daß wir ihn nicht angenehm finden, ist selbstverständlich. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur durch eine Einigung unter den vier Mächten zustande kommen. Dieser unabänderlichen Tatsache trägt der Generalvertrag Rechnung, indem er die Wiedervereinigung in der Zuständigkeit der Alliierten beläßt und eine Veränderung der staatlichen Ordnung Deutschlands von der gemeinsamen Zustimmung aller Mächte — also auch der Bundesrepublik! — abhängig macht. Es ist nicht einzusehen, wieso die Wiedervereinigung durch diese Klauseln mehr erschwert werden soll, als sie es ohnehin schon ist. Im Gegenteil: der Bundesrepublik ist durch den Vertrag ein Mitspracherecht gesichert, das sie bisher nicht hatte und das schon heute in der Berücksichtigung des westdeutschen Standpunktes bei dem Notenwechsel mit der Sowjetunion seinen Niederschlag findet.

Wenn Prof. Drost sich über die Feindseligkeit beklagt, mit der gewisse französische Kreise sich gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands wenden, so kann man ihm nur zustimmen. Ist es aber wirklich denkbar, daß nationalistische Vorurteile, die es leider in jeder Nation noch gibt — auch bei uns! — sich auf die Dauer einer größeren Konzeption entgegenstemmen können, wenn diese von den großen Weltmächten akzeptiert ist? Alles wird davon abhängen, ob zwischen jenen Mächten, in deren Händen wirklich das Schicksal der Welt liegt, ein modus vivendi zustande kommt. Es besteht ein Anlaß, anzunehmen, daß der Generalvertrag, der ja gerade für diesen Fall eine Revisionsklausel enthält, dann ein ernsthaftes Hindernis sein könnte. An uns liegt es dann, Frankreich davon zu überzeugen, daß der gesamtdeutsche Staat seine Souveränität nicht wieder zu einer Politik mißbrauchen wird, die den Franzosen in der Vergangenheit hinreichenden Anlaß zum Mißtrauen gab.

Der Generalvertrag ersetzt einen auf reinen Machtverhältnissen beruhenden Zustand durch einen Rechtszustand, nicht mehr und nicht weniger; er bietet der Bundesrepublik dabei für die Zeit bis zur Wiedervereinigung unleugbare Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Wiedervereinigung selbst kann er nicht gefährden, denn über sie werden — mit oder ohne Generalvertrag — in erster Linie die Großmächte entscheiden. Der Generalvertrag ist gewiß nicht die Ideallösung, doch sind uns diejenigen, die ihn ablehnen, bisher die Zukunft darüber schuldig geblieben, wie sie sich die politische Zukunft Deutschlands vorstellen. Walter Bödigerheimer.

## Beschränkte Aktionsfreiheit

Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Juli 1952 versucht der deutsche Delegationschef bei den Vertragsverhandlungen, Prof. Grewe, darzulegen, daß der Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik „durch die jetzt eingeleitete Entwicklung bald erweitert werden wird“. Gilt das auch für die Politik der Wiedervereinigung?

Handlungsfreiheit bedeutet die Ermächtigung, im Rahmen bestimmter Grenzen zu handeln, und das Ausmaß der Handlungsfreiheit hängt somit ab von den im Gesetz gesteckten Markierungen. Das Ausschalten von Alternativ-Möglichkeiten ist eine Beschränkung der Handlungsfreiheit.

Der Generalvertrag legt fest:

- Art. 2, 1c vorbehaltenes Recht der Westmächte in bezug auf die Wiedervereinigung.
- Art. 7, 2 Schaffung eines wiedervereinigten Deutschland, das „in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.
- Art. 7, 3 Die Bundesrepublik wird keinem Abkommen beitreten, das die Rechte der Westmächte, die sie auf Grund des Vertragswerkes inne haben, beeinträchtigt.

Auf Grund dieser Bestimmungen kann von einem Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik in bezug auf die Wiedervereinigung keine Rede mehr sein. Nicht nur, daß nur noch eine ganz bestimmte Art von Wiedervereinigung möglich ist, nämlich eine, die Gesamtdeutschland zwingt, Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft zu werden (sprich Verteidigungsgemeinschaft); die Bundesrepublik hat nach dem Vertrag auch keine Möglichkeit, die Westmächte zu einer Politik der Wiedervereinigung zu veranlassen. Die Bestimmung des Art. 7, 2,

nach dem es das gemeinsame Ziel der Beteiligten ist, die Vereinigung herbeizuführen, wirkt reichlich platonisch, wenn man bedenkt, daß die Westmächte nicht verpflichtet sind, einem entsprechenden Ersuchen der Bundesrepublik nachzukommen.

Auf der anderen Seite darf die Bundesrepublik auch keine eigenmächtige Politik in dieser Hinsicht betreiben (siehe Art. 7, 3), weil sie damit ein Recht der Westmächte, nämlich ihre Entscheidungsfreiheit für die Wiedervereinigung Deutschlands, beeinträchtigen würde.

Dem wird entgegen gehalten, daß die Bundesrepublik durch ihren wachsenden militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß innerhalb des westlichen Bündnissystems zwar keinen juristischen, aber doch einen faktischen Druck auf die Vertragspartner ausüben könne, daß sie Maßnahmen für eine Wiedervereinigung ergreifen. Aber selbst wenn das möglich wäre und wenn ferner die Westmächte sich darin einig wären, so ist die Wiedervereinigung auf Grund des Art. 7, 3 doch nur möglich, wenn die jetzige Sowjetzone Bestandteil der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird. Da der Generalvertrag überhaupt nur in Kraft tritt, wenn auch der EVG-Vertrag wirksam wird (Art. 11, 2b), kann auch die Revisionsklausel des Art. 10 kaum zur Änderung der obigen Bestimmungen führen.

Der verschwommene Begriff der Integration, der mehrere Male im Text des Generalvertrages auftaucht, kann bei der Koppelung des Generalvertrages mit dem EVG-Vertrag zunächst nur militärische Allianz mit dem Westen bedeuten.

Das Problem der deutschen Wiedervereinigung kann also nicht mehr auf der Grundlage einer — wie auch immer gearteten Neutralität — gelöst werden, weil dies dem Grundgedanken des Vertragswerkes, nämlich der festen und dauernden Bindung der Bundesrepublik an die europäischen Westmächte, widersprechen würde. Prof. Grewe bestätigt es in seinem Artikel: „Eine Lösung dieser Art“ (gemeint ist die Neutralität) „wird durch die Verträge in der Tat präjudiziert, darüber kann sich niemand täuschen.“

So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei den Vertragsverhandlungen die Partner — einschließlich der Deutschen — die Wiedervereinigung eines Deutschland, das nicht in das westliche Bündnissystem einbezogen wäre, gar nicht gewollt haben.

Prof. Drost stellt am Schlusse seines Artikel über den Generalvertrag in der letzten Nummer des DISKUS fest, daß die Frage der Zustimmung zu diesem Vertrag „eine Frage des Gewissens und der Verantwortung eines jeden gegenüber dem Schicksal des deutschen Gesamtvolkes“ ist. Möge jeder für sich daraus die notwendige Folgerung ziehen.

Peter Schade.

## Der Konsument - ein notwendiges Übel?

E. J. Mestmäckers Aufsatz „Kartelle kosten unser Geld“ in der vorletzten Nummer des DISKUS hat mit seiner Darstellung der neoliberalen Wettbewerbstheorie verschiedene Kritik hervorgerufen. Hier folgt eine soziologische und eine wirtschaftsgeschichtliche.

### Preise sind kein Kriterium

Die Theorie — man könnte auch sagen das Modell einer freien Wirtschaft ist so souverän entworfen, es funktioniert in der Theorie so vorzüglich, daß anscheinend wirklich nur ganz schwere Verstöße gegen die Regeln sein exaktes Funktionieren verhindern können. Ein solcher Verstoß wären etwa Kartellabsprachen. Sie werden als ein Haupthindernis für das Funktionieren der freien Marktwirtschaft nach dem theoretischen Modell angesehen (siehe DISKUS, Heft 5, „Kartelle kosten unser Geld“).

Diese Ansicht setzt zwei Pole voraus, nämlich den Pol des durch die Produzenten repräsentierten Angebotes und den der Verbraucher und ihrer Nachfrage. Die beiden Kräfte stehen in einem Spannungsverhältnis, das jederzeit dem tüchtigsten Unternehmer den größten Gewinn garantiert und dem Konsumenten die höchste Instanz einräumt: er wird zum „König“ oder „Souverän“ in der Wirtschaft. In der Theorie hängt so alles vom Herrn Konsumenten ab — und doch sei hier gefragt, ob die Rolle des Konsumenten nicht eher der eines Königs in einer parlamentarischen Monarchie entspricht als der eines Souveräns.

Aber dieser Verbraucher müßte in erster Linie ein bewußter Verbraucher sein und seine Rechte auch wahrnehmen. Trifft das nicht zu, so wird ein wichtiger Teil der Theorie von der freien Konkurrenz zumindest zweifelhaft. In der Praxis ist nun aber die Rolle des Konsumenten eine passive: die industrielle Entwicklung hat ihm die Orientierungsmöglichkeit im Markt geraubt, ihm fehlen zuverlässige Eignungs- und Qualitätsmaßstäbe für die Konsumgüter, er kann keine Kriterien für die Preiswürdigkeit finden, es mangelt ihm an einer Übersicht über die Vielzahl der angebotenen Güter. So fehlt ihm letztlich überhaupt die Möglichkeit optimaler Nutzung der Marktchancen. Für ihn ist der Preis das einzig noch gebliebene Kriterium der Qualität geworden; eine Tatsache, die im Grunde die Theorie der freien Verkehrswirtschaft auf den Kopf stellt. Denn nicht ein Preis, den man nur akzeptieren oder ablehnen kann, sondern die Qualität der Güter sollte nach der Markttheorie das Kriterium für den Käufer sein. Experimente in einem Kaufhaus haben gezeigt, daß die Verbraucher schlechtere Waren den besseren vorzogen, nur weil die schlechteren teurer waren und der Verbraucher der Ansicht sein mußte, es handle sich um bessere Qualität.

„Der Konsument“ ist also keineswegs das Subjekt der Wirtschaft, sondern lediglich ihr Objekt, Abnehmer. Sein Bewußtsein als Vertreter eigener Belange gegenüber dem Markt, als Gegenpol des Produzenten, ist so schwach, daß man ihn kaum als Repräsentanten der Nachfrage bezeichnen kann; er ist zum „vergessenen Sozialpartner“.



RHEIN-MAIN BANK

früher

DRESDNER BANK

Hauptverwaltung: Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Aussenhandelsbank



fast möchte man sagen: zum notwendigen Übel für den Produzenten geworden.

Es gibt andere Beispiele, die dies verdeutlichen. So hat das Bayrische Statistische Landesamt festgestellt, daß die Dauerhaftigkeit der Güter von Jahr zu Jahr abnimmt. Tatsächlich ist nicht die größtmögliche Bedarfsdeckung, sondern der größtmögliche Umsatz und der Gewinn das Ziel der Produzenten; sie geben sich alle Mühe — und mit viel Erfolg —, die Nachfrage der Konsumenten gegen deren eigentliche Interessen möglichst schnell wieder wachzurufen, sie zu unnötigen oder unsinnigen Käufen zu veranlassen und sie von etwas zu überzeugen, was häufig gegen jede Vernunft ist. In Amerika entwickelte sich eigens zu diesem Zweck der neue Beruf der „Konsum-Ingenieure“, die den Verbrauchern mit allen Mitteln neuestlicher Technik Wünsche einsuggerieren. Dem Käufer, der „auf der Höhe der Zeit stehen“ soll, werden immer neue Modeticks eingehämmert, die Mode wird auf immer weitere Gebiete ausgedehnt — auf Radios, Möbel etc. —, entgegen allen rationalen Konsumenteninteressen. Diese Entwicklung ist nicht auf die USA beschränkt, sie zeichnet sich auch in Deutschland sehr deutlich ab.

Die Reklame ist zu einem Mittel geworden, die wirklichen Wünsche des Käufers auszuschalten und ihn zum hilflosen Spielball der erwerbswirtschaftlichen Interessen zu machen. Er ist zu einem marktwirtschaftlichen Analphabeten geworden, für den die freie Auswahl von Gütern illusorisch geworden ist, auch schon deshalb, weil die Gruppe seinen Verbrauch bestimmt (der wiederum von der Reklame entscheidend mit bestimmt wird). Dies zeigt sich u. a. — wie Prof. Egner, Göttingen, nachweist — in den Ausweitungen der Mode und des Repräsentationsbedarfs, in der Bevorzugung teurer Güter vor billigen, in den von Zeit zu Zeit ausbrechenden Käuferpsychosen.

Der Appell an die Geltungssucht und andere psychologisch geschickt vorgebrachte Motivationen machen so den Verbraucher in vielem zu einem Mußkäufer, der jedenfalls die Forderungen des Modells der freien Marktwirtschaft nicht mehr erfüllen kann. Schon Charles Gide hat diese Situation in die Worte gefaßt: „Die Produzenten haben den Verbraucher zu der Meinung gebracht, daß er die Aufgabe hat, ihre Existenz zu ermöglichen, und daß seine einzige Daseinsberechtigung darin liegt, daß er ihnen ihre Erzeugnisse abkauft, ihnen Profite verschafft, mit einem Wort, daß seine einzige Funktion darin besteht, als „Markt“ zu dienen, ebenso wie es die der Flaschen ist, den eingefüllten Wein aufzunehmen.“

Die Unübersehbarkeit des Marktes und alle Bemühungen, sie noch zu vergrößern, zumal die unkontrollierte Macht der Reklame, sind ebensolche Gefahren für die Konsumentenfreiheit wie Kartelle. Beides ist gegen den Verbraucher gerichtet und macht seine souveräne Stellung im Markt zu einer Illusion der Theoretiker.

Aber die Reklame kann ihm auch unmittelbar nützlich werden; dann nämlich, wenn sie von Verbraucherorganisationen auf ihre Wahrhaftigkeit hin geprüft und kontrolliert wird. Solche Verbraucherorganisationen bestehen in Amerika bereits seit längerer Zeit, und obwohl ihre Mitgliederzahl nicht hoch ist, konnten sie durch ihre einwandfreien Warenuntersuchungen und durch die Einstufung der Güter nach ihrer Qualität einen gewissen Einfluß auf die Produktion ausüben. Ihre Arbeit führte dazu, daß der Konsument sich zum Widerstand gegen die zahllosen unfairen

Praktiken der Produzentenseite zusammenfand. Auch in Deutschland konstituierte sich vor einiger Zeit eine Verbraucher-Vereinigung, die aber gerade im Stadium des Beginns ihrer Arbeit einen schweren Stand hat. Stünden die Produzenten konsequent zu ihrer Theorie der freien Verkehrswirtschaft, so müßten sie für diese Initiative der Verbraucher dankbar sein, denn sie könnte nur dazu führen, den Verbraucher auch tatsächlich zum Souverän der Wirtschaft zu machen.

Den Konsumenten aus einem Objekt zu einem Subjekt werden zu lassen, würde allerdings zuweilen eine Konsumentenpolitik erfordern, die unter Umständen auf dem Markt mit ähnlichen Mitteln arbeiten müßte wie die Gewerkschaften in den Betrieben.

Hans A. Nikel.

#### Wozu Kartelle gut sind

Die Kartellbekämpfung hat nur in wenigen Fällen Erfolge erzielen können. Das beste Beispiel hierfür ist die Kartellgesetzgebung der USA. Im Jahre 1890 wurde in den USA der Sherman-Act — ein ausgesprochenes Verbotsgesetz — erlassen. Etwa 20 Jahre lang wurde dieses Gesetz fast überhaupt nicht angewendet. In den späteren Prozessen wurden seine Bestimmungen durch die Rechtsprechung gemildert. Die Bekämpfung der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gab man auf und beschränkte sich auf eine Bekämpfung des Mißbrauchs dieser Macht. In dieser Form hat die amerikanische Gesetzgebung und Rechtsprechung Kartelle teilweise erfolgreich bekämpft. An die Stelle der Kartelle trat aber etwas anderes, die sog. „Preisführerschaft“ (price-leadership). Ein solches „Leithammelkartell“ entsteht dadurch, daß die Preise einer oder mehrerer führender Firmen von allen nachgeahmt werden. Gegen diese Entwicklung ist man machtlos. Sie zeigt aber auch die Zwangsläufigkeit der Kartellierung.

Es gibt noch weitere Gründe, die eine Zerschlagung von Kartellen unmöglich bzw. unerwünscht machen. Hier soll nur noch auf einen wichtigen Punkt verwiesen werden. Die Produktion von billigen Massenkonsumgütern ist bei dem heutigen Stand der Technik nur in Großbetrieben möglich. Diese Großbetriebe sind sehr kapitalintensiv, d. h. sie müssen mit sehr viel Kapital arbeiten. Es ist selbstverständlich, daß solche Betriebe infolge ihrer verhältnismäßig hohen konstanten Kosten für Krisen leichter anfällig sind und sich daher gegen wirtschaftliche Rückschläge sichern müssen. Die Kartelle wurden in den seltensten Fällen gebildet, um „Macht über den Markt und den Marktpreis zu gewinnen“ und so dem freien Wettbewerb zu entgehen, sie sind vielmehr in den meisten Fällen Kinder der Not. Als solche vermochten sie oft wirtschaftliche Depressionen abzufangen und die Märkte zu stabilisieren. Hier sei wieder ein Beispiel aus den USA angeführt. Im Jahre 1934 wurde in Texas Öl zu derart niedrigen Preisen eingeführt, daß die Ölunternehmen in eine sehr schwierige Situation kamen. Daraufhin gründeten sie ein Ölkartell, dem es gelang, innerhalb von zwei Jahren eine wesentliche Besserung der gesamten Wirtschaftslage herbeizuführen.

Will man die Vorteile des technischen Fortschritts, die Vorteile einer Massenproduktion genießen, dann muß man auch großbetriebliche Organisationsformen in Kauf nehmen, die sich in Krisenzeiten zusammenschließen. Daß sich solche Marktverbände nach Beseitigung der Notstände nicht

auflösen werden, steht außer Frage. Dies erscheint auch gar nicht notwendig. Es soll hier nicht etwa abgestritten werden, daß aus Kindern der Not wirtschaftliche Machtfaktoren werden können, die den Wirtschaftsprozeß beherrschen. Wenn man den wichtigsten Organisationen der Verbraucher — deren größte wohl die Gewerkschaft sein dürfte — die Möglichkeit gibt, in Kartellen und Marktverbänden mitzuarbeiten, und wenn man die Monopole in das Eigentum der Gesellschaft überführt — was nicht unbedingt auf dem Wege einer Verstaatlichung zu geschehen braucht —, dann kann man wohl die Gefahren, die aus einer wirtschaftlichen Machtzusammenballung entstehen, zum größten Teil bannen.

Es sei noch kurz vermerkt, daß die marktregelnde Tätigkeit von Zusammenschlüssen im Interesse einer rationalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik liegt. Die Kartelle können so zu Organen der staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Politik werden.

Alfred Heim

## OST-NACHRICHTEN

**Der SSD verhaftete** in der Zeit vom 15. 4. bis 15. 6. 1952, wie das Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen Berlin mitteilt, in der Sowjetzone zehn Studenten.

(AGSF, Berlin)

**Mit 14 Ja- gegen 500 Neinstimmen** lehnten die FDJ-Angehörigen an der Ingenieurschule Köthen während einer Mitgliederversammlung den Aufbau einer Nationalarmee ab. Vorher hatten fast sämtliche Diskussionsredner scharf gegen die Aufstellung einer „Volksarmee“ Stellung genommen.

(SVI-Amt, Berlin)

**Auch in der Fachschule für angewandte Kunst** in Leipzig stimmten die Studenten auf einer Vollversammlung mit 49 gegen 21 Stimmen gegen die Maßnahmen der Regierung zur Bildung einer „Volksarmee“.

(Colloquium-IWE, Berlin)

**50 Kleinkalibergewehre** wurden bewährten Mitgliedern der FDJ von der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Ost-Berliner Universität und der Universität Greifswald übergeben. Die Studenten sollen, wie die sowjetische „Tägliche Rundschau“ meldet, nicht nur gute fachliche und „gesellschaftliche“ Leistungen zeigen, sondern auch gute Scharfschützen werden.

(Colloquium-Tägliche Rundschau)

**Die Studenten der Universität Leipzig** sollen neben ihrem Studium Dienst in der „Volkspolizei“ tun und sich uniformiert in Kasernen unterbringen lassen. Bei der Werbung für dieses Projekt wurde den Studenten versichert, daß sie den größten Teil des Tages zum Studium „delegiert“ würden.

(dpa)

**Die Ingenieurschule Magdeburg** verteilt Stipendien in Zukunft nur noch nach folgendem Einstufungsplan: Stipendiengruppe 1: ältere Mitglieder der FDJ und der SED, Vorstandsmitglieder der FDJ — Hochschulgruppe und Parteisekretäre. Stipendiengruppe 2: FDJ-Leiter der Klassen und Untergruppen sowie die Vorstände der Parteien. Stipendiengruppe 3: aktive Gruppenleiter, Kassierer und Mitarbeiter der Interessengemeinschaften. Stipendiengruppe 4: alle übrigen.

(SVI-Amt, Berlin)

**Nach Österreich flüchteten** Anfang Juni zwei slowakische Ingenieur-Studenten in einem Flugzeug des Preßburger Aero-Klubs und baten die Behörden um Asyl. In einer Pressekonferenz berichteten sie u. a., daß einer ihrer Freunde im Aero-Klub (einer kommunistischen paramilitärischen Formation) verhaftet worden sei, weil er gefragt habe, was ein Bild von Lenin in einem Handbuch über das Fliegen zu suchen habe.

(AP)

**Über Marxismus, Leninismus und Stalinismus** eine öffentliche Vorlesungsreihe einzuführen, regte der AstA der Universität Göttingen an. Damit soll erreicht werden, das politische und wissenschaftliche Urteil der Studenten gegenüber der ideologischen Offensive des Ostens tiefer zu fundieren.

(dpa)

### „Ausgelesene Bücher“

Ausgelesene Bücher — im doppelten Sinne des Wortes — wünschen sich die Studenten, die in Combloux, einem internationalen Studentenerholungsheim an der französisch-schweizer Grenze, zur Erholung weilen. Falls Sie irgendwelche Bücher besitzen, die Sie nicht mehr lesen, bitte bringen Sie sie zum AstA-Zimmer. Es können deutsche, englische, indische, kurz Texte in allen Sprachen sein, mit denen Sie Ihren ausländischen Kommilitonen helfen und eine Freude bereiten können.

## L Q I

„18 Uhr. Hell ertönen die Fanfaren. Sie rufen zum Fahnenappell. Von allen Seiten strömen die Jungen und Mädchen zusammen, bilden einen Halbkreis um die Fahne. Zuletzt marschiert eine Gruppe des Heimes zur Mitte des Platzes und nimmt an der Fahne Aufstellung. Es ist die Wachgruppe, die in der kommenden Nacht das Studentenheim vor allen Anschlägen bewachen wird. Die Studenten haben beschlossen, alle Fakultätsgebäude zu bewachen. „FDJler — stillgestanden!“ ertönt das Kommando. „Arbeiter- und Bauernstudenten zum Appell angetreten!“ meldet der Leiter der Wachgruppe dem Heimleiter.

Vor der angetretenen Gruppe weist nun der Heimleiter auf das hervorragende politische Ereignis des Tages hin, kritisiert Fehler und Schwächen und hebt besondere Lei-

stungen hervor. Trommelwirbel begleiten dann das Einholen der Fahne.

Die Arbeiter- und Bauernstudenten sind bereit zur Verteidigung unserer Republik . . . Mit großer Begeisterung wurde beschlossen, daß sich die Freunde in Interessengemeinschaften Grundkenntnisse aneignen werden, die sie zur Verteidigung befähigen, und wöchentlich einmal ein Geländespiel für die ganze Fakultät durchzuführen. Die Handhabung von Karte, Kompaß, Fernglas, den Motorsport, das Segelfliegen und nicht zuletzt das Schießen — alles das wollen unsere Freunde so schnell wie möglich erlernen.“

Das ist ein Auszug aus einem Artikel mit dem Untertitel: „Wir besuchten die Arbeiter- und Bauernfakultät ‚Walter Ulbricht‘ in Halle“, der in der sowjetzonalen Studentenzeitung „Forum“, Nr. 13-6, 1. Juli 1952, erschien.

Wer's nicht glaubt, darf sich das Original dieses Artikels in der Redaktion des „Diskus“ ansehen.

### Luisse Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

#### KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131  
(nähest der Universität) Fernruf 755 89



### Ihre Studienbücher

erhalten Sie bei

#### PETER NAACHER

Buchhandlung und Antiquariat für Universitätswissenschaften  
Frankfurt/M., Schweizerstr. 57 u. Bockenb. Landstr. 133  
In den neuen Geschäftsräumen Ruf: 62062

### Sonderangebot für Studierende!

Führerschein Klasse III  
(Pkw, Lkw und Motorrad).

Preis nach Probefahrt unter Anrechnung Ihrer  
Vorkenntnisse.  
Teilzahlung.

**Ausbildung:** Fahrunterricht etwa 10—12 Fahrstunden  
(14 Tage bis 4 Wochen) in Ffm., in Ihrer Freizeit.

Tragen Sie sich unverbindlich in die im AstA-Zimmer  
ausliegende Liste ein oder rufen Sie 32640 an.

**Fahrschule H. SCHAFERS, Frankfurt a. M.**

# Süd-USA - das X in der Wahlkampagne

Wenn man in diesen Tagen von dem lärmenden Parteikonvent der Republikaner in Chicago zur Ermittlung ihres Präsidentschaftskandidaten gelesen hat, von jener bombastischen Schau, die alles bisher dagewesene in den Schattungen zu stellen versucht, von Blaskapellen, die Irving Berlins Wahlschlager „I like Ike“ intonieren, haushohen Wahlplakaten, von Sprechchören, die sich mit dem Schlachtruf „Hie Taft“ — „Hie Eisenhower“ in die Haare kriegen, und von dem kleinen Elefanten, der als offizielles republikanisches Parteimaskot kopfschüttelnd ob dieses Treibens durch die Flure des Hiltonhotels in Chicago stampft, wird man leicht die wenigen Zeilen übersehen haben, die über den Streit um die Delegiertenstimmen der Südstaaten berichten.

## Der Süden wählt demokratisch

Sie sind auch kaum von großer Bedeutung, denn, wie merkwürdig das von dem Lande der Demokratie klingen mag, in jenem Teil Amerikas, den man als den „Süden“ bezeichnet, herrscht bis heute unerschüttert eine Einparteiensherrschaft der Demokraten. Seit Jahrzehnten haben die Republikaner vergeblich versucht, im „sicheren Süden“ politisch Fuß zu fassen. Die Southerners konnten bisher nie vergessen, daß es die Republikaner waren, die sie zur Aufgabe des Sklavensystems zwangen und sie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung weit hinter den sich schnell entwickelnden industriellen Norden zurückwarfen. Die Politik einer Wahrung der weißen Vorherrschaft gegenüber der teilweise bis zu 50 Prozent starken Negerbevölkerung hat die Südstaaten in den Präsidentschaftswahlen der letzten 75 Jahre bis auf wenige Ausnahmen durchweg demokratisch wählen lassen. So rutschten die Demokraten des Südens in ihrer überkonservativen Haltung mehr und mehr auf den rechten Flügel der Demokratischen Partei, die mit der Einführung von Roosevelts New Deal in anderen Teilen des Landes zum Verfechter der Interessen des kleinen Mannes, der Arbeiter und in ihrer Bürgerrechtspolitik auch der Rechte der Neger geworden ist. Hand in Hand mit den Hilfsmaßnahmen gegen die Schäden der Depression erfolgte eine weitgreifende Zentralisierung der nationalen Verwaltung, die sich durch die Zuteilung wirtschaftlicher Hilfe immer mehr Einfluß auch in der Politik der einzelnen Staaten zu verschaffen suchte. Hier setzte die Entfremdung der politischen Interessen der Südstaaten von der Parteilinie der Rooseveltschen New Deal und der Truman-schen Fair Deal-Politik ein.

## Parolen gegen die Neger

Auf der einen Seite drängte die nun einsetzende industrielle Expansion des Südens die Interessen der maßgebenden Southerners auf die Seite der konservativen, die Interessen der Hochfinanz und Großindustrie vertretenden Kreise der republikanischen Partei, und zum andern muß den Südländern alles daran gelegen sein, die Organisation der Arbeiter in den Südstaaten in Gewerkschaften, die sich zur Zeit noch in einem völlig rückständigen Stadium befindet, zu verhindern, um so einen billigen Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten. Die „faire Beschäftigungspolitik“ (FEPC) der Gewerkschaften würde auch im Süden in kurzer Zeit das Niveau der Löhne und Arbeitsbedingungen in die Höhe treiben und den Negern wenigstens innerhalb der Fabrik völlige Gleichberechtigung einräumen. Darum ist die Politik des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Taft, der die Macht der Gewerkschaften durch eine entsprechende Gesetzgebung einzuschränken versucht, vielen einflußreichen Südländern aus der Seele gesprochen. Und Mr. Taft hat noch eine weitere, für die Politik der Südstaaten zugkräftige Parole bereit: „States Rights!“ D. h. er vertritt den Gedanken der Wiederbelebung der einzelstaatlichen Rechte, die unter der Roosevelt- und Truman-Administration erheblich in die Enge gedrängt worden sind, und schon in den letzten Präsidentschaftswahlen zu der Absplittterung der Dixieraten im Süden geführt haben.

## Internationales Skilager

Das Auslandsreferat der Johann Wolfgang Goethe-Universität veranstaltet in der Zeit vom 20. Dezember 1952 bis 5. Januar 1953 ein internationales Skilager in Cima di Sappada (ital. Dolomiten, 1300 m ü. M.), zu dem Studenten aus Mailand, Pisa, Genf, Zürich, Fribourg, Graz und Wien eingeladen werden.

Die Unterbringung erfolgt in einem Berggasthof in Einzel- und Doppelzimmern. Die Unkosten werden voraussichtlich DM 135.— betragen. In diesem Preis sind Unterkunft mit voller Verpflegung (drei Mahlzeiten täglich), Hin- und Rückfahrt, Versicherung (nur für Studenten), Paß- und Visabeschaffung einbegriffen.

Der Universität Frankfurt stehen 20 Plätze zur Verfügung. Anmeldungen werden beim Auslandsreferat des AstA im AstA-Zimmer und bei Frau Bock in der med. Fachschaft entgegengenommen. Anmeldeschluß ist der 15. Oktober. Interessenten erhalten genauere Informationen bei den genannten Stellen und lassen sich am besten unverbindlich vormerken, damit sie während der Ferien benachrichtigt werden können.

Entscheidende wirtschaftliche Interessen sind hier mit im Spiel, so geht es u. a. um den großen Prozeß, wem die Steuermengen aus den Erdölfeldern vor der Küste Texas', Mississippi und Louisianas zufließen sollen, den Einzelstaaten oder der Regierung in Washington.

## Denken die Jungen anders?

Vor allem aber ist es die Bürgerrechtspolitik Präsident Trumans, die den konservativen Süden erbost. Man versucht vorläufig noch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Negerbevölkerung den Weißen wirtschaftlich und gesellschaftlich gleichgestellt wird. So geschah es zum Beispiel, daß durch einen Entscheid des obersten Gerichtshofes an der weißen Staatsuniversität in Louisiana ein Neger zum Studium der Rechtswissenschaften zugelassen werden mußte. Daraufhin erklärte ein Abgeordneter im Parlament des Staates: „Wir werden eher unsere Rechtsschule schließen, als dort einen Nigger zulassen.“ Nun, die Rechtsschule wurde nicht geschlossen, aber der Neger verließ nach einigen Wochen wieder stillschweigend die Universität, nicht wegen Schikane durch die Studenten — die junge Generation ist in diesen Dingen doch schon viel liberaler gesinnt als die älteren —, sondern weil man es auf irgend einem verwaltungstechnischen Wege verstanden hatte, ihn heraus zu manipulieren.

An der Person eines neuen demokratischen Präsidentschaftskandidaten und seiner Fähigkeit, dieses Auseinanderwachsen der Interessen noch einmal zu überdecken, wird es vor allem liegen, ob die Absplittterung der Dixieraten in den letzten Wahlen diesmal zu einem allgemeinen Abfall des südlichen Blocks der Demokraten von der Partei Trumans wird, gegen die in Fragen wie Civil Rights, States Rights, Gewerkschaftsfragen in den Sitzungen des Repräsentantenhauses zu stimmen für die meisten südlichen Demokraten seit langer Zeit eher die Regel als die Ausnahme ist.

Manche Amerikaner würden es für einen Ausweg aus der Verwirrung amerikanischer Parteipolitik halten, wenn der Süden bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl endlich sich gemäß seinen wirklichen politischen Interessen entscheiden würde.

## „Die Schule ist schuld“

Die Professoren sagen: Die Studenten kommen nicht zu uns. Wir wollen ja „Kontakt“, aber sie kommen nicht, und wenn wir zu ihnen kommen, schließen sie sich ab. — Die Studenten hingegen: Die Professoren sind zu reserviert, manche sogar „beleidigend desinteressiert“, und außerdem — wie können wir mit Fragen zu ihnen kommen, wenn doch unsere ganze Schulzeit dazu diente, uns das Fragen abzugewöhnen? Die Schule ist schuld, das System.

Die Erkenntnis ist da, und weil die Schule nun einmal schuld ist, kann man sich getrost darauf berufen. Und die Flucht hinter eine Institution bewahrt am besten vor dem Versuch, durch Erziehung Verdorbenes aus eigener Kraft wieder gutzumachen.

Das Argument ist diskussionsreif, denn es wird widerspruchslos akzeptiert. Es hat Beweiskraft. Es wurde sogar im Arbeitskreis des Chicago-Forschungsprojektes an der Universität Frankfurt von Studenten vorgebracht, ohne daß sie daraus den Schluß zogen: Ergo müssen wir selbst die Reste dieser Erziehung in uns überwinden!

Merkwürdigerweise hat auch keiner der anwesenden Professoren das von ihnen verlangt. Man einigte sich vielmehr dahin, daß vielleicht nicht alle Schulen „so schlimm“ seien. Aber gegen das „Argument“ an sich gab es keinen Widerspruch, obwohl die Ursache als Rechtfertigung benutzt und das Normale implicite als unabänderlich dargestellt wurde.

Das Beispiel zeigt, wie schwer es selbst für die Teilnehmer an diesem Gespräch ist, richtige Folgerungen auf Grund der Symptome zu ziehen, obwohl sie sich eigens zur Diskussion über Probleme der Universitäten zusammengefunden haben.

Seit einem Jahr wird der Austausch von Professoren und Studenten zwischen den Universitäten Chicago und Frankfurt als wissenschaftliche Arbeit organisiert. Die Gastprofessoren besuchen die Patentuniversität nicht mehr als Einzelpersonen, sondern als eine Gruppe, die sich für ihren Aufenthalt ein bestimmtes Forschungsziel gestellt hat. Die Chicago-Professoren v. Grönebaum und Bell, die sich zur Zeit in Frankfurt aufhalten, beschäftigen sich mit der fragwürdig gewordenen humanistischen Bildung an den deutschen Universitäten. Mit Frankfurter Professoren aller Fakultäten (Hartner, Horkheimer, Keller, Madelung, Spira, Urbschat, Zutt und anderen), Assistenten und etwa 20 Studenten treffen sie sich jeden Montag unter der Leitung von Dr. Rüegg im Großen Senatssaal, um über das Problem zu sprechen. In einer Reihe von Referaten wurden zunächst der Begriff der Bildung und die verschiedenen



## Gold Dollar Cigaretten

richtig - für richtige Kenner

In einigen Wochen werden diese Fragen auf dem Demokratischen Parteikongreß spruchreif. Aber erst im November wird diese Frage, die für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen vielleicht noch mehr bedeutet als die Entscheidung „Ostasien oder Europa“, beantwortet sein.

Justus Fürstenau

Bildungsideale charakterisiert und diese dann den heutigen Verhältnissen gegenübergestellt.

Jede Diskussion, die sich mit den heutigen Verhältnissen an den Universitäten befaßt, wird bald zu einer Auseinandersetzung über das Problem „Professor — Student“. Können wir denn überhaupt eine eigene Bildung entwickeln, ohne uns direkt auf unsere Vorbilder — im akademischen Bereich auf die Universitätslehrer und deren herkömmliche Ansichten — zu stützen? — Können wir das Normale durch Besseres ersetzen, uns von der Vergangenheit freimachen, „können wir unsere Väter vernichten“?

Wie ist denn eigentlich das Verhältnis „Professor — Student“? Wenn die Studenten keine Fragen stellen — obwohl sie etwas nicht verstehen —, haben sie dann Angst vor dem Professor oder fürchten sie die Blamage vor ihren Kommilitonen? Warum ist es möglich, daß die Professoren zu Beginn eines jeden Semesters ihre Hörer ungestraft aufordern können, mit allen Anliegen zu ihnen zu kommen — vielleicht weil sie genau wissen, daß noch keiner gekommen ist und auch nie einer kommen wird? Wer hat noch nicht das Unsicherwerden, das Verstummen und dann den Wechsel des Themas, den ganzen „Ruck durchs Café“ gespürt, wenn unvermutet ein Dozent dort eintritt, wo sich Studenten aufhalten? Warum wagt kein Student, sich mit einem Professor über das zu unterhalten, was an dessen Vorlesungen langweilig ist oder offensichtlich nicht stimmt?

Man könnte fast meinen, die Kenntnisse unserer Studenten wären so gering, daß sie befürchten müßten, sich in jedem Gespräch unliebsam zu verraten.

Welche Wege gibt es, um die Arbeit der Studenten zu fördern? Die Studiengemeinschaft — kann sie sich wirklich nur beim gemeinsamen Sezieren einer Leiche oder auch bei den (angeblich) in Korporationen stattfindenden Diskussionen entwickeln, oder ist da das Studienzirkelsystem der sowjetischen Besatzungszone („entpolitisiert“ zu gebrauchen!) oder das gemeinsame Lesen der „100 großen Bücher der Weltliteratur“, wie es in Amerika zuweilen praktiziert wird, als beste Methode anzustreben?

Von diesen Fragen wird man natürlich schnell zu den Ansätzen — und leider meistens auch zu ihrem Scheitern — kommen, die in Deutschland in letzter Zeit gemacht wurden, um dem Studium einen über die bloße Fachausbildung hinausführenden Sinn zu geben.

Die Veröffentlichungen, die Dr. Rüegg über das Colloquium am Ende des nächsten Wintersemesters herausgeben will, werden viele dieser Fragen beantworten und vielleicht auch einmal die Grundlage einer kommenden Studienreform bilden können.

Udo Kollatz.

# Die wirkliche Aufgabe

Kürzlich fand der 2. Deutsche Studententag in Berlin statt, und die glückliche Wahl des Tagungsortes gab allen Teilnehmern einmal Gelegenheit zu einem Blick hinter den „Eisernen Vorhang“. Hier standen sie wirklich am Schnittpunkt zweier Welten und konnten diese jenseits aller Propaganda und Phrasen selbst gegeneinander abwägen. Nicht das geringste Ergebnis der Tage von Berlin dürfte gewesen sein, daß die Gäste aus dem Westen nach ihrer Rückkehr auch den Kommilitonen, die nicht dabei sein konnten, von ihren Eindrücken berichteten. Das tat auch ein Herr Hans A. Nickel, ja, er fühlte sich sogar berufen, seine Erlebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen (Mai-Juni-Nummer des DISKUS). So liest man bei Herrn Nickel u. a.:

„Mit großem Pomp wird in Ost-Berlin gegenwärtig das „Nationale Aufbauprogramm“ verwirklicht — es werden gewaltige Hochhäuser gebaut, die luxuriöse Arbeiterwohnungen enthalten ...“

Was den „großen Pomp“ angeht, so hat Herr Nickel durchaus richtig beobachtet. Bezüglich der „gewaltigen Hochhäuser“, die „luxuriöse Arbeiterwohnungen“ enthalten

sollen, dürfte er sich jedoch in einem schwerwiegenden Irrtum befinden. Die genannten Hochhäuser sind nämlich ausschließlich zur Unterbringung staatlicher Organisationen (z. B. der HO) oder für Dienststellen der SED vorgesehen. Die wenigen Hochhäuser, die gebaut werden, sollen ausschließlich von SED-Funktionären, sogenannten Aktivisten und anderen, dem System unmittelbar nützlichen Personen bezogen werden. — Dieser Irrtum wäre noch zu verzeihen. Nicht jeder vermag hinter dem Schein, sprich Pomp, das wirkliche Sein, sprich Elend, zu erkennen. — Weit gefährlicher aber sind folgende Sätze:

„Die Bevölkerung leistet Sonderschichten, die — bei diesem Programm — wirklich freiwillig sind. Sie geht mit freudigen Gesichtern an die Arbeit, und aus fast allen Gesprächen hört man die Zuversicht heraus, daß nun doch etwas für sie getan wird.“

Diese Zeilen müten an, als seien sie aus dem Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ entnommen. Wo bleibt das kritische Bewußtsein des Herrn Nickel? Die von ihm erwähnten „freiwilligen Sonderschichten“ — und das sei hier ausdrücklich festgestellt — sind Zwangsarbeit! Zwangsar-

## Volk und Gesellschaft

Goethes Satz, daß man im Deutschen lüge, wenn man höflich ist, klingt wie ein altes Sprichwort, in das Jahrhunderte von Erfahrung und Enttäuschung eingegangen sind. Manieren haben, mit der Faust dem andern nicht gleich ins Gesicht fahren, ihm zuhören können, die Form wahren: die Selbstdisziplin, die in alledem sich äußert, ist in Europa am Hofe, zumal der französischen Könige, in einem langwierigen und mühsamen Prozeß gewonnen worden und wurde unterm Absolutismus zum Modell gesitteten Verhaltens, das auch für das Bürgertum verbindlich war. Die zentrale Zusammenfassung der Macht bereitete den Fortschritt vor, den die Emanzipation der Bürger, die Entfaltung der Produktivkräfte, die Erschließung neuer Märkte, die Beherrschung der Natur im 17. und 18. Jahrhundert einleitete. Aus der Ritterlichkeit, die sich am Hofe schickte, wurde die Höflichkeit, und diese wurde zum Zeichen dessen, der zivilisiert war, des Bürgers, der sich, der Vorteile des zivilen Lebens bewußt, als Mitglied einer Gesellschaft betrachten durfte, über deren Schicksal er mitzubestimmen hatte. Das gleiche Interesse, das ihn trieb, durfte er bei allen voraussetzen, die sich gleich ihm im Zustand der Zivilisation befinden.

In Deutschland sah es freilich anders aus. Auch hier blühten einst die Städte, die sich selbst verwalteten und dem Bürgertum die Kraft gaben, sich gegen das höfische Gebahren zu stellen. Die Vermittlerrolle im Transithandel von Süd nach Nord und von West nach Ost hatte sie reich und selbständig gemacht; die Zentralmacht war finanziell von ihnen abhängig. Die bürgerliche Selbstgewißheit spottete gleichermaßen über bäurische wie über ritterliche Verhalten, das die Misere doch nicht verbergen konnte. Der Gang der Entwicklung, die so verheißungsvoll begann, ist, wie bekannt, anders verlaufen. An die Stelle der Strauchdiebe traten die Landesfürsten und die äußeren Freiheiten verwandelten sich in die innere des ängstlichen Gewissens, es mit Gott und der Obrigkeit nicht zu verderben. Während sich außerhalb Deutschlands das Bürgertum mit der Gesellschaft identifizierte und sich zur Nation zusammenschloß, fügte es sich hierzulande in die Untertänigkeit, von der das Wohl und Wehe abhing. Sich höflich zu erzeigen, hatte den Beigeschmack steifer Nachahmung und unterdrückten Grolls, der sich in den maurischen Geheimgesellschaften mit den bestehenden Verhältnissen ebenso versöhnte, wie er sich dem Traum von einer moralischen Welt ergab, in der alle Menschen Brüder sind. Es entsprach der ökonomischen Schwäche des deutschen Bürgertums, daß die Reaktion auf die französische Revolution, die mit diesem Traum ernst zu machen schien, alle freiheitlichen Regungen unterbinden konnte, die in Deutschland entfacht worden waren. Kosmopolitismus und Rationalismus, Zivilisation und Gesellschaft, Fortschritt und Kritik, die Freiheit selbst werden in Acht und Bann getan, gelten als welsch und undeutsch, dem Volksempfinden nicht gemäß, mit der Tradition, auf die man stolz zu sein ein Recht habe, nicht verbunden, wider Sitte und Ordnung, gegen die Natur und Gottes Gebot. So sehr hat sich diese Lehre eingefressen,

daß nicht bloß im vorigen Jahrhundert, sondern heute noch suspekt ist, wer sich auf die Gesellschaft und nicht auf die Volksgemeinschaft beruft. Die ökonomische Entwicklung des deutschen Bürgertums hat die seines politischen Bewußtseins überholt. Was es politisch hätte erzwingen müssen, z. B. die Zentralisierung der Verwaltung, wurde ihm von staatswegen beschert, und ehe es sich als die Gesellschaft selbst auszugeben vermochte, begann bereits die Arbeiterschaft sich als eine Klasse zu formieren, mit schlechten Manieren und mit anderen Vorstellungen von einer Ordnung der Gesellschaft, als die bestehende zu bieten hatte. Als sich das Volk zu rühren begann und sich um die Vergangenheit nicht länger scherte, wurde erst recht nötig, ihr die Vergangenheit vorzuhalten, in der das Volk von den mächtigen Herren zwar abhängig, aber ihnen treu gesonnen war und sich nicht um die Gesellschaft der Zukunft zu kümmern hatte.

Das gesellschaftliche Bewußtsein der selbständig handelnden Individuen war freilich auch in den bürgerlichen Nationen auf die bestehende Ordnung gerichtet. Es war ihre eigene Welt, keine paradiesische zwar, aber trotz aller Friktionen, offenen und latenten Klassenkämpfen, eine des Fortschritts. Das Volk war kein Gegenbegriff zur Gesellschaft, die sich bloß in alte wie neue Kulturnationen und die Primitiven aufgliederte. Der Gehalt des Gesellschaftsbegriffes war nicht problematisch. In Deutschland ist er, von Hegel bis Tönnies, mit der Industriegesellschaft des Kapitalismus verbunden gewesen. Je mächtiger jedoch der Staat wurde, der diese einmal vernünftig ordnen sollte, desto ohnmächtiger wird die Vernunft der Individuen. Die Grundlage des Liberalismus, die Vielzahl selbständiger Wirtschaftssubjekte, verändert sich in die Handvoll weltumspannender Riesenunternehmen, die aufs nationale Interesse und den Liberalismus nur noch insoweit Bedacht nehmen, als es ihren Geschäften nutzt. Sie spannen die Regierungen ein, die von ihnen in eben dem Maße abhängig werden, als der Verwaltungsapparat sich aufbläht und das Interesse von Volk und Gesellschaft zu organisieren beginnt. Zu diesem Behuf dient, was dem Gesellschaftsbegriff einmal eigentümlich war, zur Reklame nutzt sich ab und erweckt das Mißtrauen, abermals betrogen zu werden.

Das Wort „Volk“ scheint dagegen, wie es scheint, noch voll praller Ursprungskraft zu stecken, wenigstens in Deutschland, und die Sehnsucht nach der vergangenen Volksgemeinschaft bebt nicht vor dem Schmerz zurück, daß es keine war. Die Anforderungen, die die moderne Gesellschaft an den einzelnen stellt, lassen ihn nicht zur Ruhe kommen; diese sucht er in einer Gemeinschaft zu finden, die ihm das Denken abnimmt und die ihn just an die entleerte Gesellschaft fesselt, der er entrinnen möchte, und an die sich anzupassen ihm sein Verstand doch rät. So läßt er sich treiben, äußert nur die Meinung, die alle haben und verachtet sie insgeheim. Die treibenden Kräfte, die in der Gesellschaft heute den Ausschlag geben, bleiben ihm fremd. Deshalb fürchtet er sie. Einmal war das eigne Denken, das sich nichts vormachen ließ, eine Kraft, der nichts widerstand. Es erinnerte die Leiden, die dem Volk seit je angetan wurden. Indem es sich zur Gesellschaft bekannte, vertraute es der Vernunft. Jetzt, wo alles auf diese ankäme, flieht es vor einer unvernünftig gewordenen Ordnung zu einer, die noch trügerischer ist, nimmt stumpf hin, was ihm zugefügt wird, statt zu sehen, daß die Inhalte, die einst die Gesellschaft konstituierten, heute erst recht verwirklicht werden müssen, damit sie aufhören, eine Phrase zu sein. Freilich gehört Mut zum gesellschaftlichen Denken, von der bestehenden Gesellschaft erfährt es wenig Aufmunterung.

Darum gilt es, sich nichts vormachen zu lassen, der Gesellschaft die Lüge abzusehen, die sie ist, wenn sie sich als Volksgemeinschaft anpreist, die nach dem Volk nicht fragt, und diesem entgegenzuhalten, daß die Gerechtigkeit, nach der es sich sehnt, erst eingerichtet werden kann, wenn die richtige Gesellschaft kein Traum mehr ist. M. Heinz

beit deshalb, weil jeder, der dazu aufgerufen wird und nicht Folge leistet, Repressalien gegen sich und seine Familie fürchten muß. Die „freudigen Gesichter“ aber sind — in Verbindung mit dem „Nationalen Aufbauprogramm“ — wohl lediglich in der sowjetischen Wochenschau „Der Augenzeuge“ zu sehen. Und die erwähnte Zuversicht dürfte Herr Nickel wohl nur bei „Linientreuen“ gefunden haben.

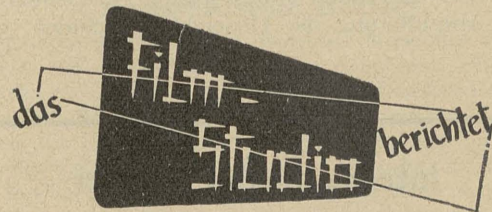
Die Objektivität hätte wohl verlangt, daß, wenn der Verfasser anerkennend schreibt: „Jeder Arbeiter hat die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge oder seine Kritik an der entstehenden Großsiedlung in überall ausliegende Bücher zu schreiben — und diese Wünsche werden tatsächlich berücksichtigt“, er auch erwähnen mußte, daß dies die einzige Möglichkeit ist, in der Ostzone Kritik zu üben. Auch solche „Ventile“ gehören zu dem bis ins Kleinste ausgeklügelten System des Totalitarismus. Vielleicht wäre es zweckmäßig gewesen, wenn Herr Nickel ein „direktes und spontanes Gespräch mit Verteidigern des totalitären Staates“ weniger geführt und sich dafür auch einmal mit aus dem Osten geflohenen Studenten unterhalten hätte, die wegen einer zu offen geäußerten Kritik an der Politik jenes Staates beinahe die Bekanntschaft seiner Zuchthäuser machen konnten. Sollte Herr Nickel die von der sowjetdeutschen Terrorjustiz zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Kommilitonen vergessen haben, bei deren Erwähnung selbst die Argumentation der östlichen „Agitatoren“ plötzlich versagte? Wiegen solche Tatsachen nicht schwerer als die schönsten Theorien?

Wir stimmen Herrn Nickel zu, wenn er die Kenntnis des Gegners verlangt und „fort von den Niederungen des Resentiments, wieder zu den Quellen, und vor allem zu den Tatsachen“ will. Aber uns scheint, daß er selbst an den klar zutage liegenden Tatsachen vorübergegangen ist, denn sonst hätte er zu der Überzeugung gelangen müssen, daß das östliche System unvereinbar ist mit unseren Begriffen von Freiheit und Menschenwürde und daß Berlin tatsächlich „eine Aufgabe zeigte“, von der Herr Nickel aber offensichtlich nichts gespürt hat, nämlich mit allen Kräften dafür einzutreten, daß eine Ausbreitung jenes Systems unmöglich gemacht wird und darüber hinaus die heute unter ihm Lebenden eines nicht allzu fernen Tages davon befreit werden. Die Notwendigkeit einer Kritik an der Unvollkommenheit des eigenen Staates soll damit keineswegs geleugnet werden, aber auch sie hat jetzt nur diesem einen Ziel zu dienen, das wir als die wahre Aufgabe ansehen, die der Studententag in Berlin zeigte. Heinz Kersten.

## Internationaler Ball in der Landeshauptstadt

Er war sogar interföderal, dieser „Ball der Nationen“, denn unsere Nachbaruniversität Mainz, dem Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz zugehörig, veranstaltete ihn in Hessens Hauptstadt. Wir betonen das nicht mit Bosheit, sondern erfreut, weil es für künftige, wirklich internationale Feste als Beispiel so zwanglos nachahmbar erscheint. Während es unsere Kommilitonen nach Sankt Goar zog (das notabene auch im Nachbarland liegt), tanzten die Rheinland-Pfälzer bei uns, in Wiesbaden. Der World university service und der International round table — diesmal nicht die Persönlichkeiten, die am 30. Juni nachmittags in Frankfurt diskutierten — hatten wohl ihren Anteil an dieser kleinen Übung in Länderverständigung.

Es ging munter zu, und die Vertreter, welche die anderen Nationen zu dem Studentenball entsandt hatten, waren sehr begehrt. Austausch, Austausch — damit fängt das Alphabet der akademischen Völkerverständigung an. Unter den näheren Internationalen machte sich der „Internationale Club Karlsruhe“ durch eine praktische Übung in Square dances aus Texas beliebt; alle Anwesenden durften mittanzen, während sich die Liedervereinigung des gleichen Clubs auf kunstvollen Vortrag beschränkte. Auch eine Kapelle der „Army“ diente der allgemeinen Verständigung und spielte auf und ab durch die Säle. A.



Das Filmstudio befragte bei seinen Filmvorführungen im vergangenen Monat die Besucher über die Themen „Filmvorführung“ und „Unterrichtsfilm“. 140 Kommilitonen und Kommilitonen antworteten. Für regelmäßige Filmvorführungen für die Studentenschaft stimmten 99 Prozent der Befragten. 28 Prozent sind für wöchentliche, 55 für 14tägige Aufführungen. An der Spitze der gewünschten Filme steht der ausgewählte künstlerische Spielfilm mit 91 Prozent, es folgt der Kulturfilm mit 70 Prozent, der Dokumentarfilm mit 30 Prozent und der unterhaltende Spielfilm mit 22 Prozent. — Daß es wissenschaftliche Hochschulunterrichtsfilme gibt, wußten 65 Prozent. 88 Prozent waren für eine Verwendung derartiger Unterrichtsfilme in den Vorlesungen. Allgemeine Einführungen in Charakter und Aufgaben solcher Filme hielten 68 Prozent für angebracht. Die große Mehrheit von 96 Prozent stimmte dafür, daß Lehramtskandidaten auf der Universität mit Schulunterrichtsfilmen bekanntgemacht werden.

### Die Buchhandlung

für den Mediziner

**JOHANNES ALT**

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin  
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993 · Gegründet 1868

z

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartensr. 134,  
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätsklinien

# Der Wunschtraum vom klassischen Zeugen

In die Maschinerie der Strafverfolgungen kann ein jeder von uns geraten, ganz unversehens. Vielleicht heute noch. Es genügt eine falsche Anschuldigung bei der Polizei, gleichgültig zunächst, ob aus tückischer Absicht oder wirklichem Irrtum.

Wer daraufhin als Verdächtiger und in seiner Ehre Gekränkter den Kriminalisten, Vernehmungsbeamten, Haftrichtern „vorgeführt“ wird, spürt rasch, daß er diesem festgefühten Apparat mit seinen allumfassenden Methoden gegenüber vorerst in der schwächeren Position ist. Zwar ist es tröstlich zu wissen, daß Verfahren, die auf unwahren Bezichtigungen beruhen, in der Überzahl in einem ganz frühen Stadium eingestellt werden, doch gibt es auch Fälle . . .

Da ist zum Beispiel der 45jährige Krankenwärter in einer oldenburgischen Kleinstadt. Seine Frau ist ermordet worden. Es ist in der Zeit vor der Währungsreform, und der Mann kann nachweisen, daß er am Abend der Mordnacht „organisieren“ gefahren war. Dennoch legt er vor der Polizei ein Geständnis ab. Wenige Stunden später widerruft er das Geständnis, und auch in der Hauptverhandlung bleibt er dabei, die Tat abzustreiten. Er wird unter Zugrundelegung des widerrufenen Geständnisses wegen Totschlags verurteilt.

Nun ist es die Aufgabe höherer Instanzen, Fehlentscheidungen der unteren zu korrigieren. Sie tun es nicht immer. Doch in diesem Fall schalteten sie sich ein und annullierten das Urteil. Sie forderten das Schwurgericht auf, einmal der Frage nachzugehen, aus welchen Motiven wohl der Angeklagte sein ursprüngliches Geständnis vorgebracht habe. Aber wie soll das Gericht das tun?

Hier ist der Punkt, wo führende Männer der Justiz mit einem ganz präzisen Reformvorschlag einsetzen. Sie sagen: das ist ein psychologisches Problem. Und sie fordern darum: bei jedem Oberlandesgerichtsbezirk ist ein Fachpsychologe als ständiger Gutachter zuzulassen. Er soll in den Fällen, da seelische Vorgänge bei Angeklagten oder Zeugen vom Laien nicht ausreichend erklärt werden können, als Sachkenner helfend einspringen.

## Die irreführende Wahrscheinlichkeit

Da ist der Landstreicher, der verhaftet wird, weil er einem Geistlichen hundert Mark gestohlen hat. Der Pfarrer, eine ehrwürdige Erscheinung, erklärt, ein Irrtum über die Tat sei ausgeschlossen, obwohl man den Geldschein bei dem wenig später Festgenommenen nicht findet. Der Angeschuldigte ist vorbestraft, das Urteil, das ihn erwartet, wird also auf Zuchthaus lauten.

Doch dazu kommt es nicht, denn der Pfarrer findet nach einigen Tagen die Banknote in einem Buch. Er war in dem Augenblick, da seine Haushälterin ihm den Landstreicher ankündigte, bei der Revision der Kasse gewesen und hatte, um den Bittsteller nicht in Versuchung zu führen, das Hartgeld schnell in die Schublade geschoben und jenen fatalen Schein eben in ein Buch eingelegt. Dessen hätte er sich später nicht mehr entsonnen, wäre nicht ein psychologisch kundiger Richter noch und noch in ihm gedrunken, jeden einzelnen Denkkakt aus den Minuten vor dem Besuch noch einmal Zug um Zug nachzuvollziehen. Da erst hatte der Pfarrer die Erinnerung an das Buch.

Man kann von dem Vernehmungsbeamten nicht verlangen, daß er alle denkbaren Reaktionsweisen der vor ihm Aussagenden blitzschnell durchkalkuliert. Vom Psychologen muß man es erwarten. Die Vielfältigkeit verborgener Fehlerquellen einer Aussage ist ihm auf Grund seiner Ausbildung gegenwärtig. Er ist in der Lage, Unstimmigkeiten zu diagnostizieren.

Wer wüßte nicht, wie schwer es ist, sich der Einzelheiten eines um Jahre zurückliegenden Ereignisses exakt zu erinnern, zumal dann, wenn man ihm damals keine besondere Bedeutung beigelegt hatte. Doch solches Erinnern verlangt man von den Zeugen in den Gerichtssälen tagaus tagein. Man fordert darüber hinaus, daß sie die Erinnerung nicht nur originalgetreu vollziehen, sondern daß sie diese auch unmißverständlich wiedergeben. So mag auf diese Weise mühsam eine Bekundung zustande gekommen sein, die, sagen wir, die These des Staatsanwalts von der Verruchtheit des Angeklagten stützt. Aber schon steht der Verteidiger auf und sagt: „Der Zeuge ist unglaubwürdig, er war damals so im Affekt, daß seine Aussage durch die Gemütsbewegung verzerrt ist.“

## Psychologie contra Logik

Genau jene psychologische Begutachtung der Person und Aussage der Zeugen, wie sie durch Verteidiger und Staatsanwalt in jedem Verfahren geübt wird, sollte nach Ansicht derer, die

den „Gerichts-Psychologen“ einführen wollen, Angelegenheit dieses Sachverständigen sein. Sie weisen darauf hin, daß oftmals Richter und Angeklagter „nicht dieselbe Sprache sprechen“, oder daß Kinder immer und immer wieder ganz raffinierte Beschuldigungen ausklügeln, in denen nicht ein Körnchen Wahrheit steckt. Sie führen den Fall an, wo, wie so häufig, ein zu Unrecht Beschuldigter auf einen entsprechenden Vorhalt hin ungeschickt formulierte, indem er sagte: „Nein, am Dienstag war es bestimmt nicht!“ Woraus die Kriminalbeamten schließen mußten: „Aha, also an einem anderen Tag.“

Der Gerichts-Psychologe, wenn es ihn einmal geben sollte, würde wie jeder andere Sachverständige das Gericht nur beraten und das auch nur im Bedarfsfall. Wie weit der Richter, wenn er den Psychologen über die Person und die Aussage eines Zeugen angehört hat, dessen Gutachten folgt, muß er, wie alle seine Entscheide, mit seinem Gewissen abmachen. Doch sollte er lernen, seine Grenzen zu sehen und die Augenblicke im Verfahren zu erkennen, wo er sich sagen mußte: das ist ein Problem für den Psychologen.

## Abwehr der Fachleute

Die Anregung, Psychologen bei den Gerichten zu bestellen, findet — in der breiten Öffentlichkeit noch undiskutiert — in juristischen Kreisen durchaus lebhaft Kritik. Es ist weniger das Argument des Staates, daß für solche Dinge schon überhaupt kein Geld da sei, als vielmehr die Versicherung, es gehe auch mit den vorhandenen Organen. Der Gerichtspsychiater z. B. könne diese Aufgaben übernehmen. Dem wird entgegengehalten, daß der Psychiater ein Fachmann für die seelisch-geistigen Erkrankungen sei, der Psychologe aber gerade über die gesunde Psyche, die oft rätsellaft genug sei, urteilen solle.

Ferner heißt es von kritischer Seite, man solle die Richter weniger überlasten, sie besser bezahlen und ihnen Gelegenheit geben, sich zu besseren Psychologen auszubilden. Ohnehin sei jedes Urteil eine psychologische Entscheidung, könne doch der Tod eines Menschen als Notwehr ungeahndet bleiben, wie als fahrlässige Tötung, Totschlag oder Mord eine Sühne finden, je nach dem Motiv des Täters. Motivbeurteilung aber ist Psychologie. Also habe man in der entscheidenden Tätigkeit des Richters letztlich nichts anderes zu sehen als angewandte Psychologie.

Strafverteidiger, die mit dem Vorschlag bekannt gemacht wurden, reagierten mit dem Ausruf: „Um Himmelswillen, noch ein Sachverständiger mehr? Die Verfahren sind kompliziert genug. Wozu hat der Angeklagte außerdem seinen Verteidiger?“

Dem Gedanken förderlich waren dagegen die Stellungnahmen einiger Jugendrichter. Einer meinte: „Jeder weiß, daß die phantasiereichen Jugendlichen bei aller eigenen Bemühung nur schwer Wirklichkeit und Gedankenwelt unterscheiden können und darum keine verlässlichen Zeugen sind. Ich hätte am liebsten einen Psychologen in jeder Verhandlung. Aber er muß ein Meister in seinem Fach sein und — der verlangt entsprechende Bezahlung!“

Über jede neue Einrichtung kann man erst urteilen, wenn sie in praxi funktioniert oder versagt hat. Bei dem vorliegenden Gedanken scheint ein Experiment gerechtfertigt. Jedoch: wird man einen Finanzminister finden, der dazu sein Jawort gibt?

V. v. Hagen.

## Sand in die Augen

„Es liegt in der Natur einer Sache, die um öffentliches Vertrauen wirbt, daß sie von sich selbst nicht viel Reden macht“, heißt es in einem DISKUS-Beitrag, dessen treuherzig falsche Einfalt erstaunlich ist. Dieser Beitrag handelt von den mittlerweile modisch gewordenen „Public relations“, deren sich außerhalb der Industrie auch die Universität „um der Geltung der Humanität willen“ befleißigen soll, und er beginnt großmütig von dem „Jahrhundert des kleinen Mannes, in dem wir leben“, zu handeln. Dem kleinen Mann wird freilich heute von keiner Seite Humanität erzeugt; will er nicht vollends unter die Räder kommen, muß er sich dem Räderwerk um jeden Preis und nicht zuletzt auf Kosten seiner menschlichen Regungen anzupassen suchen, und dazu gehört, daß er sich über den Prozeß, dem er ausgeliefert ist, keine Gedanken macht und sich z. B. auch nicht fragt, was es mit diesem Jahrhundert denn auf sich habe, das er angeblich bestimmt.

Naiv wird uns versichert, daß der „unternehmerische Wagemut“ („Kraft und Fleiß und Wissen allein machen es nicht“) sich durch alle Fährnisse hindurch gehalten habe. Der große Ökonom Schumpeter, der mehr von den Strukturveränderungen im Kapitalismus weiß, hat dagegen kräftig und mit allem Fleiß darauf hingewiesen, daß es diesen Wagemut leider nicht mehr gibt; an die Stelle der zahllosen kühnen und selbstbewußten Einzelunternehmer sind die vorsichtigen, aber die Welt beherrschenden anonymen Riesenunternehmungen getreten, und es ist die „Diskrepanz“ zwischen diesen und den kleinen „selbständigen“ Unternehmern, die dem Verfasser einen Aufschluß über sein „Jahrhundert des kleinen Mannes“ hätte vermitteln können. Er ist indes bloß enttäuscht, daß die Steigerung der industriellen Kapazität, die nach der Währungsreform, ohne nach den kleinen Leuten zu fragen, von den Großen sprunghaft vorangetrieben wurde, nicht gebührend gepriesen wird.

Er sieht darin ein „Mißtrauen“, aber fragt gar nicht danach, woher sich dieses Mißtrauen denn speise, „das heute nicht nur unser öffentliches Leben, sondern auch die Beziehungen der Menschen untereinander vergiftet“, — als ob die Beziehungen der Menschen untereinander nicht das öffentliche Leben, und die „Vergiftung“, die „Mißverständnisse“ bloß subjektiv bedingt wären, weil „der eine zu wenig vom anderen weiß“. So ist es allerdings, aber dem wackeren Streiter für die Geltung der Humanität kommt es gar nicht in den Sinn, den objektiven Mechanismen nachzugehen, die die Humanität in ihr Gegenteil verkehren. Wider seinen Willen verrät seine Sprache unseren Autor und nennt präzise das Verhängnis, dem er in aller Biederkeit uns ausliefern will: „Dies fehlende Wissen voneinander zu ersetzen, ist die Aufgabe der Meinungspflege (public relations)“.

Ist es schon fraglich, ob dieses Wissen von der Fremdheit, in der die Menschen einander begegnen, wirklich fehle, da ihr Verhalten ein solches Wissen doch bezeugt, so ist es allerdings eine Unverschämtheit, ihnen auch dieses Wissen, so rudimentär und versteckt es sich äußert, zu nehmen, und sie statt dessen mit einem Ersatz abzufinden, der sie schließlich noch um den letzten Rest von Menschlichkeit bringt, der sonst sich dagegen empören möchte. Eben dies darf unter keinen Umständen geschehen. Deshalb wird von den public relations so viel Redens gemacht. Es ist genau umgekehrt, als uns hier weis gemacht werden soll: damit es nicht zu einer Öffentlichkeit kommt, zu der unsereiner Vertrauen haben dürfte, wird, was als solche auftritt, uns mit allen Mitteln der Propaganda und der Reklame eingehämmert. Propaganda, Reklame, Werbung, public relations machen von sich viel reden, damit man nicht über sie rede.

Wenn die Beziehungen zwischen Menschen zu einem Ressort der Verwaltung werden — und sie werden es immer mehr —, dann eröffnen sich neue Laufbahnen, und an den Universitäten oder anderswo wird über diese Art der Beherrschung unterrichtet; aber den Beziehungen, die sich zwischen Menschen vollziehen, wird, je unmenschlicher sie werden, im Namen des Humanen zugemutet, sich danach zu richten, was ihnen angetan wird. Es ist richtig, daß heute das Leben der meisten vom Betrieb, in dem sie arbeiten müssen, bestimmt wird und noch die „Freizeit“ sich danach richtet, so daß eine Betriebssoziologie, die es mit den Menschen und dem Gegenstand ihrer Forschung ernst meint, die Art und Weise durchsichtig zu machen hätte, in der die Individuen heute manipuliert werden. Aber leider ist es ebenso wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Meinungspflege, für die vieles Geld ausgeworfen wird, tatsächlich „Sand in die Augen streut“. Das Beispiel, das Herr Schäfer bringt, denunziert, wiederum gegen seine Absicht, die Hochherzigkeit der Stipendien und Forschungsaufträge, die das Internationale Wollsekretariat vergibt, um „zu verhindern, daß die Wolle vom Weltmarkt verdrängt wird“. Daß die synthetische Herstellung der Wolle, die nicht bloß billiger, sondern besser als die echte wäre, heute kein Traum mehr ist, ruft allerdings das Entsetzen derer hervor, denen es nicht am allgemeinen Wohlstand, wohl aber an ihren Profiten gelegen ist. „Die Kräfte des Beharrenden“, die sich „jeder neuen Sache entgegenstellen“, sind, entgegen der gepflegten Meinung, die unser um Toleranz bemühter Autor äußert, heute just diejenigen Kreise, die es sich etwas kosten lassen, um ja fortschrittlich den Fortschritt zu verhindern.

Meinungspflege läßt keine andere Meinung gelten, als die genehm ist. Das liberale Gepräge, das sie zur Schau trägt, verhüllt die autoritäre Tendenz. H. Maus.

DEUTSCHE GOLD- UND SILBER-SCHNEIDANSTALT  
VORMALS ROESSLER · FRANKFURT AM MAIN



Edelmetalle und Chemikalien

# Geschäft mit der Dummheit

Es war im Jahre 1949. In der Mensa der Kieler Universität, der man noch deutlich ihre Vergangenheit als Fabrikhalle ansah, standen junge Studenten auf einer roh und provisorisch zusammengezimmerter Bretterbühne. Ebenso improvisiert wie die Umgebung, in der sie spielten, waren ihre Texte, sie spielten ohne Requisiten, ohne Kostüme, ohne Vorhang. Aber es war Kabarett im besten Sinne des Wortes, studentisches Kabarett mit allen Fehlern und Vorzügen.

Inzwischen sind die „Amnestierten“ berühmt geworden. Neben einer Reihe von Requisiten haben sie sich auch einen neuen Namen zugelegt und nennen sich in stolzer Bescheidenheit „Europas populärstes Studentenkabarett“. Ohne zu merken, daß davon inzwischen nur noch das Wort „populär“ seine Berechtigung hat: weder auf die Darsteller noch auf ihre Leistung trifft die Bezeichnung „Studentenkabarett“ mehr zu. Von dem gesamten Ensemble sind nur noch zwei Mitglieder an einer Hochschule immatrikuliert, von denen der eine erstes Semester und erst kürzlich hinzugekommen ist, also nicht mehr zum alten Stamm gehört. Alle anderen sind ausnahmslos entweder exmatrikuliert oder haben ihr Studium bereits abgeschlossen. Es bleibt unerfindlich, woher sie die Berechtigung für die Bezeichnung „Studentenkabarett“ nehmen.

Aber mit dem neuen Namen haben die Amnestierten auch noch etwas anderes angenommen: Starallüren. Und das auf Kosten der Selbstkritik, ohne die ein gutes Kabarett überhaupt nicht denkbar ist. Anders sind so ausgesprochen peinliche Entgleisungen wie in der Stammtischszene gar nicht zu erklären. Hier handelt es sich nicht nur um eine politische Instinktlosigkeit, die Nummer ist auch takt- und geschmacklos; derartige Dinge sind eine Frage der menschlichen Würde. Es bleibt einfach unfaßbar, daß sich das Publikum diese offene Diffamierung und Lächerlichmachung der Juden ohne weiteres bieten ließ, und das in einer Stadt und an einer Universität wie Frankfurt! Mit dieser Nummer haben die „Amnestierten“ über sich und ihre Qualifikation als studentisches Kabarett selbst das Urteil gesprochen. Wir distanzieren uns mit allem Nachdruck von dieser Art politischer „Satire“, die dem „Stürmer“ wenig nachsteht. Wenn wir solche Vorfälle hinnehmen, ohne scharfe Gegenmaßnahmen zu ergreifen, müssen wir damit rechnen, daß uns die deutsche und ausländische Öffentlichkeit mit diesen Tendenzen identifiziert. Es liegt daher im Interesse der gesamten deutschen Studentenschaft, ein weiteres Auftreten der „Amnestierten“ an allen westdeutschen Universitäten unmöglich zu machen.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, liegen die Dinge bei den Szenen über den Volkspolizisten an der Zonengrenze und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Besonders die letzte Nummer war eine offensichtliche Konzession an die öffentliche Meinung und vertrat eine so eindeutige Tendenz, daß sie der Fronttheater-Propaganda des Dritten Reiches alle Ehre gemacht hätte. Auch die hinter dem Eisernen Vorhang spielende Szene ging am Kern des Problems völlig vorbei. Für siebzehn Millionen Menschen ist der aktive oder passive Widerstand gegen die Herrschaft der SED und der Volkspolizei und damit gegen das stalinistische Regime eine Existenzfrage, und für tausende entscheidet der illegale Grenzübergang über Freiheit und

## Jenseits vom Horizont

Nach „Aimee“ von Heinz Coubier brachte die Studiobühne der Universität Frankfurt am 10. Juli O'Neills „Jenseits vom Horizont“ zur Aufführung. Dieses für eine Studentenbühne sehr geeignete Stück zeichnet sich durch seinen klaren Aufbau in der Entwicklung der tragischen Haltung und durch gute Zeichnung der Charaktere aus.

Die Regie von Wilfried Berthold lief oft Gefahr, die spannungsreichsten Szenen zu breit auszuspielen und damit zum Melodrama werden zu lassen, anstatt sie zu straffen. Auch hätten gelegentliche Streichungen nicht geschadet. Die Rollen waren — was gerade beim Studententheater sehr wichtig ist — typmäßig durchweg gut besetzt. Gertrud Kalb konnte als Ruth besonders im 2. und 3. Akt als verbitterte und schließlich völlig abgestumpfte Frau überzeugen, während sie am Anfang nicht jugendlich genug wirkte. Auch Horst Enders (Arbeitsgemeinschaft Sprachgestaltung) in der Rolle des Robert zeigte schon im 1. Akt die Resignation und Müdigkeit, die er erst später hätte entwickeln sollen. Hier hätte die Arbeit des Regisseurs einsetzen müssen! Die schauspielerisch am besten durchgestaltete, wenn auch vom Stück her unproblematischste Hauptrolle war der Andrew Gerd Leisses. Bis auf den Bauernburschen Ben, der vom Regisseur offenbar sehr stiefmütterlich behandelt worden war, zeichneten sich alle Schauspieler durch typgerechten Einsatz und gute Darstellung aus. Der Bühnenbildner löste das Problem des dauernden Szenenwechsels in anbeacht der primitiven Verhältnisse sehr gut und wurde von der Beleuchtung wirkungsvoll unterstützt. Der Beifall des Publikums galt nicht nur dem Stück, sondern in nicht geringerem Maße den Schauspielern, die durchaus das Zeug zu einem guten Studiobühnenensemble haben. Moritz.

Leben. Es sind dies zu ernste Dinge, über die man keine billigen, nur auf den Beifall des Publikums abzielenden Witze reißen sollte. Wenn die „Amnestierten“ es nötig haben, sich solcher Mittel zu bedienen, sollten sie besser von der Bühne abtreten.

Schon der Aufbau des Programms ließ Rückschlüsse auf die wahren Absichten zu. Mit einer — begrenzten — Reihe guter und schlagkräftiger Pointen versuchte man sich von vornherein der Sympathie des Publikums zu versichern, um dann um so leichteres Spiel auch mit den fragwürdigsten Darbietungen zu haben. Gut war die Kritik am deutschen „Ärzte“film und die „Versteigerung der jüngeren Jahrgänge“ zu Beginn des Programms. Aber damit schien auch alles erschöpft, was die „Amnestierten“ an Geist und Qualität zu bieten hatten. Was danach kam, waren Geschmacklosigkeiten, die wie in der Bundestagspersiflage oft in Albernheiten ausarteten oder völlig ziellose, mit mehr oder weniger plump-zugkräftigen Gags durchsetzte Spielereien, bei denen man sich oft genug nach ihrem Sinn und ihrer Berechtigung fragen mußte. Ein Kabarett darf kein Pubertätsulk sein. Viel schlimmer und gefährlicher aber ist es, wenn es mit dem Strom schwimmt und sich mit Konzessionen an die öffentliche Meinung volle Häuser — und Kassen — erkaufen will. Die in den meisten Nummern sichtbare und nur gegen die Alliierten gerichtete Tendenz — die Pointen hatten manchmal die Wirkung einer Holzhammernarkose — beweist, daß „Europas populärstes Studentenkabarett“ auf dieses Niveau abgesunken ist.

Es ist schade um die „Amnestierten“. Sie waren einmal ein Studentenkabarett, und was sie leisteten, war teamwork im besten Sinne des Wortes. Heute sind sie, bei aller Routiniertheit und allem darstellerischen Können, das sie zweifellos besitzen, nicht mehr als eine Gruppe von Starrenden der Sinn des Kabarets verlorengegangen und das Geschäft zur Hauptsache geworden ist. Moritz



## Das Unbewußte annektiert die Theologie

Der Begründer der Komplexen Tiefenpsychologie, der Schweizer Carl Gustav Jung, hat in den letzten Jahren versucht, durch religionspsychologische Studien neue Beweise für seine Theorie der Archetypen, der unbewußten Grundkategorien menschlichen Verhaltens als Nachfolge früherer geschichtlicher Erfahrungen zu erbringen. Ein Theologe urteilt über die wissenschaftliche Qualität dieser Versuche auf Grund des neuen Werkes von C. G. Jung: „Antwort auf Hiob“ (Verlag Rascher & Cie., Zürich).

Um es vorweg zu sagen: C. G. Jung treibt Exegese, mit all den unvermittelten Voraussetzungen seiner Psychologie, die er a priori der Interpretation des Textes unterschiebt. Aber er verschließt ihn damit einer an der Sache selbst orientierten Auslegung. Eine solche darf, gerade wenn sie in philosophische Spekulation übergeht, sich keiner Begriffe bedienen, die nicht am Faktischen, so wie es geschichtlich sich entfaltete, ihre Wahrheit hätten. Es fehlt dem Verfasser jene Subjekt und Objekt vermittelnde Theorie, die ihm erlaubte, die Entfaltung historisch-theologischer Bedeutungen als Differenzierungsprozeß des transzendenten (nicht aber eines empirischen) Bewußtseins zu begreifen. Indem er dagegen seiner Psychologie des Unbewußten das erste und letzte Wort gibt, erstellt er eine Theologie, welche nicht die objektive der kirchlichen Tradition, sondern seine eigene ist, die zu jener sich ausnimmt wie steilste Phantasie. Es ist der Positivismus der eigenen Lehre, der, ohnmächtig, historisch Gegebenes zu begreifen, uneingestanden sich selber fürs allein Wesentliche hält: so aber, Jahrtausende und ihre Geschichte mißachtend, deren Gehalt auf die eigene Methode reduziert. Einige Hinweise auf die zentralen Gedanken Jungs mögen das belegen.

Jahwe sei blinde, amoralische Naturmacht<sup>1)</sup> und darum nicht Hiob an ihm, sondern er an Hiob schuldig geworden. Jahwes Kampf mit Hiob sei in Wahrheit der mit dem Satan, Jahwes eigenem Sohn, der Sophia, die ihn seiner Macht berauben wolle. Um Hiob zu besiegen, müsse darum Jahwe sich selber besiegen, d. h. Mensch werden. So ergebe sich die Notwendigkeit der Inkarnation. Als ihren Grund bezeichnet Jung die moralische Niederlage Jahwes; als Zweck erziele sie dessen Bewußtseinsdifferenzierung.

Der Tod Christi bedeute die Sühne des an Hiob geschenehen Unrechts. Dieses, das an Hiob der ganzen Menschheit widerfahrene Unrecht, sühne der Paraklet, die dritte Person der Gottheit, in der Gott ganz ist, durch seine Inkarnation (denn als solche mißverstehet Jung das Einwohnen des göttlichen Geistes) im Menschen<sup>2)</sup>.

Die intellektuellen und moralischen Fähigkeiten des Menschen sind für Jung göttlichen Wesens und bringen ihn (den Menschen) gerade in Befolgung christlicher Moral in unlösbare Kollisionen der Pflichten, deren er sich nicht zu erwehren vermag; er solls auch gar nicht, da alle Gegensätzlichkeit göttlich sei und vor allem in ihr, der „afflictio animae“, Gott sich inkarniere. Der Mensch ist, dem Verfasser zufolge, „erfüllt vom göttlichen Konflikt“ (S. 90). Und was Gott tue, sei „in der Tat nichts anderes als daß er selber in der Gestalt seines Sohnes die Menschheit vor sich selber errettete“ (S. 94). Was von den menschlichen Fähigkeiten galt, gilt nicht minder vom Menschen in seiner substantiellen Ganzheit. Alle Menschen, so glaubt Jung, erhebe der Heilige Geist durch Einwohnen in ihnen in den Status der Göttlichkeit. Dies bedeutet ihm die fortschreitende Inkarnation Gottes. „Gott wollte und will Mensch werden“ (S. 147). Denn, so wird gemeint, Gott, dem Unbewußten, sei es permanentes Bedürfnis, sich seiner selbst bewußt zu werden. Abschließend erklärt Jung, das Dogma der Assumptio Mariae bestätige diese als Göttin<sup>3)</sup>.

Der theologische Dilettantismus in C. G. Jungs „Antwort auf Hiob“ verrät sich sofort daran, daß der Verfasser die bedeutsamen textkritischen Kontroversen über die Zugehörigkeit großer Partien des Buches Hiob ignoriert. Dies aber müßte das erste sein, daß er die literarhistorischen Probleme kennt und berücksichtigt, anstatt, wies ihm gerade in den Kram paßt, dem Text gewisse Stellen zu entreißen und dann zu sagen, seine Behauptungen fänden sich dort vor. Wenn also Jung vom Jahwe als blinder, amoralischer Naturmacht spricht, so ist einfach auf die Quelle selbst zu verweisen, die davon nichts weiß. Für Hiob und seine Freunde, die, wie er, Heiden waren, ließ Leid sich nur denken als Strafe für begangene Frevel. Ihr Prinzip der Diesseitsvergeltung sprach Hiob schuldig. Im Wissen nun der eigenen Unschuld erstand daraus Hiobs Aporie, seine erschütternde Seelennot vor dem Problem der Theodizee. Kap. 31, 13 ff. bezeugt Jahwe als persönliche, gei-



# Erfolgsbericht

Einige Tage vorher wurden die Bewohner der Häuser über unser Kommen verständigt. Wir erschienen am Mittwochabend. Selbstverständlich wurden alle Abzeichen von den Kragenaufschlägen entfernt. Blauhemden durften nicht angezogen werden. Unser Ziel war ein Haus im Zentrum der Stadt. Unser Thema lautete: „Gesamtdeutsche Wahlen im Hinblick auf die Weltfestspiele“.

Als ich die Schilder an dem Haus las, wurde mir etwas unwohl. Rechtsanwalt Dr. Stein — Zahnarzt Dr. Halusa — ein Diplomkaufmann und ein Ingenieur. Das roch nach Intelligenz.

Bauersfeld, als Draufgänger in allen politischen Lagen bekannt, kam zuerst wieder zur Besinnung. „Also, hinein!“ befahl er.

Wir gingen zum Hausmeister. Die Klingel schrillte durch den Korridor. Ein älterer Herr öffnete die Tür. „Guten Abend, wir kommen von der ‚Nationalen Front‘ und sind für den heutigen Abend bei Ihnen angemeldet, um mit den Bewohnern dieses Hauses zu diskutieren.“

Als der Alte „Nationale Front“ hörte, wurde er unruhig. Seine Augen gingen hin und her. Der Mann tat mir leid. Dann faßte er sich und erklärte, daß er überall Bescheid gesagt hätte. Er brauche nur ganz schnell dreimal auf die Knöpfe zu drücken. Schon eilte er im Laufschrift auf das Klingelbrett zu und alarmierte das ganze Haus. — Es rührte sich nichts, wir warteten. Der Hausmeister wurde unsicher: „Aber ich hatte es Ihnen doch gesagt!“ Sein Filzpantoffeln waren zu groß geraten, und schlüpfend bemühte er sich noch einmal an das Klingelbrett. Aber niemand erschien.

„Dann müssen wir selbst die Initiative ergreifen!“ Wir stiegen die Treppen hinauf. Jeder nahm sich eine Etage vor. Ich klingelte im vierten Stock. Hier wohnte ein Kaufmann. Eine junge Frau öffnete die Tür. Ich leierte mein Bittgesuch herunter. Die Frau lächelte und sagte: „Aber natürlich, lieber Herr, mein Mann ist begierig zu hören, was man ihm zu berichten hat.“ Dann rief sie in die Wohnung hinein: „Georg, komm schnell, laß den Herrn nicht warten, du möchtest doch gewiß etwas über unseren Aufbau hören.“ Und zu mir: „Es ist zu liebenswürdig, daß Sie sich heraufbemüht haben. Wie werden sofort unten erscheinen.“ Ich wandte mich um und ging, „vielen Dank“ murmelnd, die Treppe hinab.

Unten hatten sich bereits einige der Bewohner des Hauses zusammengefunden. Man hatte Stühle aus den Zimmern geholt und sich gesetzt. Wir durften stehen. Niemandem war es eingefallen, uns in die Wohnung zu bitten. Wir fühlten die eisige Kälte, die um uns war.

Der Kaufmann begrüßte übertrieben freundlich den Arzt und den Ingenieur. Wir merkten wohl, daß man sich über uns lustig machte. Weiter rechts saß die Hausmeisterfamilie. Dann kam die Frau des Rechtsanwaltes mit ihrer Tochter. Der Doktor selbst war offenbar nicht zu Hause. Einige Frauen nahmen im Hintergrunde Platz. — Stille. —

Wir konnten den Anfang nicht finden. Selbst unserem Karl-Heinz verschlug es die Sprache. „Also, meine Damen und Herren, bitte, beginnen Sie. Wir haben die Zeit nicht gestohlen, das müssen Sie verstehen. Was wollen Sie von uns?“ Heinz Globig fand auf diese Frage als erster eine Antwort, während ich mich in den Hintergrund zu drücken versuchte. „Liebe Damen und Herren, ich möchte Ihnen verbindlichst danken, daß Sie hier heruntergekommen sind, um mit uns zu diskutieren. Wie Sie wissen, kommen wir von der Nationalen Front. Wir möchten Ihre Sorgen und Nöte hören, wir möchten wissen, wie es Ihnen geht und was Ihnen an unserem Fortschritt und dem Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik nicht gefällt.“ — Der

stige Macht, der es zusteht, von Hiob Rechenschaft zu fordern. Jahwe erscheint als oberstes Prinzip eines sehr hochstehenden Naturrechts (vgl. z. B. Kap. 31, 16—23) und nicht etwa als blinde Naturmacht.

Was nun Jung über Jahwes Kampf mit Hiob, den er für einen mit dem Teufel hält, über Inkarnation usw. wissen will, sind gnostische Phantasien ohne jeden Anhaltspunkt im Text. Er betrachtet Altes und Neues Testament als eine literarische und ideologische Einheit, auf daß an ihr die Kontinuität seiner Psychologie sich verifizieren lasse. Nach C. G. Jungs Darstellung sieht es so aus, als seien die verschiedensten Jahrhunderte des verschiedensten religiös-kulturellen Milieus nur dazu dagewesen, als die Voraussetzungen für sein System bereitzustellen.

Karlheinz Haag.

<sup>1)</sup> „Man kann sich etwas derartiges dadurch erklären, daß Jahwe durch seine sukzessiven Schöpfungsakte dermaßen fasziniert und in Anspruch genommen wird, daß er seine Allwissenheit darauf vergaß“ (67).

<sup>2)</sup> Es drängt hier der Verdacht sich auf, ob der Verfasser überhaupt die theologische Bedeutung des Begriffes Inkarnation, der unio hypostatica, wie sie die Konzilien zu Chalcedon (451), Konstantinopel (553) und Toledo (675) dogmatisch definiert haben, kennt. Vgl. Denzinger, Enchiridion symbolorum: Nr. 148 ff., 213 ff., 282 ff.

<sup>3)</sup> „Maria wird durch die Anwendung besonderer Schutzmaßnahmen sozusagen zum Status einer Göttin erhoben und büßt damit ihre volle Menschlichkeit ein“ (61). „Beide, Mutter und Sohn, sind keine wirklichen Menschen, sondern Götter“ (61).

„Die Konsequenz der päpstlichen Deklaration ist nicht zu überbieten und überläßt den protestantischen Standpunkt dem Odium einer bloßen Männerreligion, die keine metaphysische Repräsentation der Frau kennt“ (160-1).

Anfang war ganz gut gemacht, nur der letzte Satz war etwas ausgerutscht. Sofort nahm der Arzt das Wort: „Aber mein Herr, wer sagt denn, daß wir gegen den Aufbau in der Ostzone, Verzeihung, in der DDR etwas zu sagen hätten? Wir sind alle mit Leib und Seele für eine positive Entwicklung.“ Er drehte sich den Bewohnern des Hauses zu. „Nicht wahr?“ Alles grinst. „Wir sind alle glücklich und zufrieden, und, wie Sie sehen, leben wir alle sehr einträchtig miteinander.“

Diese Antwort paßte uns gar nicht. Worüber sollten wir diskutieren, wenn man uns keinen Angriffspunkt bot? Plötzlich sagte da das alte Mütterchen in der Ecke: „Warum gibt es keine Kartoffeln? Warum gibt es kein Fett? Fünf Jahre ist der Krieg schon beendet, und nicht einmal das Nötigste kann man kaufen. Warum gibt man mir keine Rente? Warum läßt man meinen Sohn nicht nach Westdeutschland zu meiner Schwester? Warum müssen so viele jungen Männer zur Volkspolizei oder ins Uranbergwerk nach Aue? Warum weist man mir alter Frau ein Zimmer zu, in dem nicht einmal ein Ofen steht?“ Sie ließ uns gar nicht zu Worte kommen.

Aber sie hatte kaum geendet, als schon eine andere Frau schluchzend zu erzählen begann, daß ihr Mann vor acht Wochen in Rußland im Kriegsgefangenenlager gestorben sei. Ein Freund von ihm hätte ihr diese Nachricht überbracht. „Warum hält man unsere Männer denn überhaupt noch fest in Rußland? Der letzte Kriegsgefangene sollte nach einer Regierungserklärung doch zu Weihnachten 1950 zu Hause sein. Sollen sie denn alle Verbrecher sein“, fragte die Frau des Rechtsanwaltes mit bebender Stimme. — Da begann Bauersfeld: „Wissen Sie aber auch, wem wir das alles zu verdanken haben, wer uns in dieses Elend gestürzt hat? Es war einzig und allein jener teuflische Faschismus, der sich im Westen unseres Vaterlandes wiederum breit zu machen versucht.“

„Junger Herr“, sagte da mit dem liebenswürdigsten Ton der Ingenieur, „Sie kommen etwas vom Thema ab, nicht wahr? Die Dame hier fragte Sie doch, warum ihr Mann noch nicht aus Rußland zurückgekehrt sei. Da Sie Funktionär sind, müßten Sie ihr eigentlich eine Auskunft geben können.“ Man lächelte. Bauersfeld schwieg. Um die Fahne zu retten, half ich ihm aus der Bedrängnis: „Sehen Sie mal, gnädige Frau, wir sind doch alle nur Menschen. Auch unsere Regierung macht einmal Fehler, die leider nicht immer zu vermeiden sind. Wenn man gesagt hat, man würde bis Ende 1950 alle Kriegsgefangenen entlassen, dann müssen Sie dies ‚bedingt‘ sehen. Alle ehemaligen Soldaten, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Polizei oder der SS standen, müssen natürlich besonders eingehend überprüft werden. Ich bin überzeugt, daß auch Ihr Gatte über kurz oder lang zurückkehren wird.“ — „Ich möchte mich ja auch gern noch gedulden, aber warum darf ich denn alle vier Wochen nur eine Antwortkarte schreiben? Warum darf ich ihm keine Pakete schicken?“

Bauersfeld neben mir begann es langsam zu viel zu werden. Er bebte. Ich versuchte ihn zurückzuhalten. Sollte er doch jetzt keine Dummheiten machen! Ein falsches Wort konnte das Gespräch, das wir menschlich zu führen versucht hatten, völlig zerstören und die Leute endgültig vor den Kopf stoßen. „Werte Frau“, begann er mit verhaltenem Grimm, „die sowjetischen Menschen werden bestimmt ihren Grund haben, wenn sie Ihren Mann noch zurückhalten. Alle, die nichts auf dem Kerbholz hatten, sind bereits wieder zu Hause!“

Mit diesen Worten war die Kluft zwischen uns und den Hausbewohnern unüberbrückbar geworden. Der Arzt und der Ingenieur sahen sich an, erhoben sich wortlos, nahmen ihre Stühle und stiegen langsam die Treppe hinauf. Die Frau vor mir weinte. Man versuchte sie zu trösten. Ich schämte mich furchtbar. Von uns nahm man keine Notiz mehr.

Der Hausmeister war der einzige, der mit einem Achselzucken zurückblieb. Bauersfeld: „Also, was ich noch sagen wollte, veranlassen Sie, daß in diesem Hause etwas für die Sichtwerbung getan wird. Hier hinterlasse ich Ihnen ein paar Parolen für die ‚Dritten Weltfestspiele der Studenten für den Frieden‘.“

Mit einem Kopfnicken verabschiedete sich der alte Mann von uns. Unser Bericht über den heutigen Einsatz hatte folgenden Wortlaut: „Agitationsgruppe IV, Mittwoch um 17.00 Uhr begonnen, beendet 19.00 Uhr. Im großen und ganzen sind die Bewohner des Hauses Stephaniestr. 21 vom Friedens- und Aufbauwillen beseelt. Einige Mißverständnisse wurden durch das Können unserer Freunde schnell behoben. Die Einwohner verpflichteten sich, ihr Haus durch Sichtwerbung für die Weltfestspiele auszuschnücken. Gezeichnet Karl-Heinz Bauersfeld, Agitationsgruppenleiter.“

Wolfgang Baumgartner.

## Bericht eines Sowjetbürgers

Seit einiger Zeit wird in der Universität das Buch „Berliner Kreml“ von Gregory Klimow verteilt.

Klimow kam 1945 als Ingenieur in der sowjetischen Delegation des interalliierten Kontrollrats nach Berlin und erlebte dort die Besatzungspraxis der Sowjetunion. An dem Gegensatz zwischen Westalliierten, Deutschen und seinen Landsleuten und am Widerspruch der eigenen politischen Parolen zu ihrer zynischen, aus Korruption, Opportunismus und ständiger Angst zusammengesetzten Praxis begreift er allmählich das Menschenunwürdige des Staats, dem er angehört. Auf einer Urlaubsreise in die Heimat sieht er den schrecklichen Betrug des siegreichen Krieges und die Politik des Terrors, die ein Hauptmittel für die Erhaltung des sowjetischen Herrschaftssystems ist. Wieder nach Berlin zurückgekehrt, zieht er bald die gefährliche Konsequenz aus seinen Einsichten; er verläßt eine glänzende Laufbahn und flieht nach dem Westen. Das Buch schildert Klimows

Fortsetzung Seite 10



L. Wymar

# Aus der deutschen Studentenpresse

Als „Die Trauer des Utopisten“ wird die ‚Gebrauchslyrik‘ Erich Kästners in der **Göttinger Universitätszeitung** unter die Lupe genommen und auf ihre weltanschauliche Grundlage hin untersucht. Der Verfasser läßt sich von den teilweise echten Problemstellungen Kästners und von der brillanten Form der Darstellung nicht blenden; er weist nach, daß Kästner eigentlich niemals in seinen satirischen Gedichten zu einer Kritik kommt. Zwar greift er immer wieder echte Probleme auf, aber darin erschöpft er sich auch. Er ist nicht imstande, die in diesen Problemen enthaltenen Spannungen auszutragen und sie zur Lösung zu bringen. Er benutzt sie lediglich, um sie „als Illuminationseffekte in seine clownesken Nummern“ einzusetzen und macht damit aus dem „apokalyptischen Hintergrund des Weltgeschehens einen Schaubudenprospekt“. Seine sozialistischen Tendenzen sind daher auch nichts anderes als „der seelische Ausverkauf des Bürgertums“ und die „Verschleuderung der bourgeoisen Moral“.

Wenn der Artikel auch in manchen Konsequenzen etwas zu weit geht, so bleibt er doch in der Klarheit seiner Gedankengänge und Beweisführungen ein bemerkenswerter Beitrag nicht nur zum Problem der „Gebrauchslyrik“ Kästnerscher Prägung. Hier wird im Grunde die Geisteshaltung analysiert, die auch die politische Indifferenz eines nicht geringen Teiles der akademischen Jugend bestimmt.

„Auf die Akademiker als Gesamtheit kann man nicht verzichten“, meint **Profil** in einem Artikel über „Die Ohnmacht des Geistes“, der sich mit der Bildung von Akademikergewerkschaften beschäftigt. Die Akademiker sollten aus der Tatsache, daß es den organisierten Arbeitern gelungen sei, sich als „Kollektiv“ innerhalb kurzer Zeit eine Machtposition zu erringen, ihre Schlüsse ziehen. Sie müßten sich und ihrem allzu großen „Individualismus“ die Schuld an Tatsachen, wie z. B. Ausbeutung der Jungärzte und zu geringe Bezahlung der Referendare, selbst zuschreiben. Nur durch mehr „Kollektivbewußtsein, Akademikergewerkschaften und Intellektuellenstreiks“ könnten sich die geistigen Arbeiter aus ihrer Ohnmacht befreien und sich die „soziale Machtposition“ zurückerobern, die ihnen zukomme.

Sollten die Kieler den Ausspruch des Bundeskanzlers: „Wir müssen eine Schicht von Gebildeten schaffen“ so falsch verstanden haben?

Sehr „kritisch beleuchtet“ das **Studentenblatt der T. H. Stuttgart** eine Broschüre von Hans-Ulrich Rudel, Jagdflieger und Oberst a. D., zur Zeit im Dienste Perons, die sich unter dem Titel „Dolchstoß oder Legende?“ mit den Geschehnissen des 20. Juli auseinandersetzt. Wir wissen allmählich, was war von derartigen „Memoiren“ prominenter Nationalsozialisten zu halten haben, aber die in dem Artikel wörtlich zitierten Textstellen des Buches übersteigen das gewohnte Maß doch um ein vielfaches. Uns haben die Ausführungen Rudels über Hitlers „brillantes“ Feldherrntalent jedenfalls die Sprache verschlagen, und angesichts von Äußerungen gegen die Männer des 20. Juli wie: „... die Landesverräter . . . denen es um die Vernichtung ganz Deutschlands ging . . .“ kann er sich gratulieren, daß die Entfernung zwischen uns und Argentinien immerhin rund 1400 km beträgt. Das einzige, was nach dem Stuttgarter Artikel völlig unverstänlich bleibt, ist die Tatsache, wie es geschehen konnte, daß ein derartiges Pamphlet als „Geschenkausgabe“ kostenlos an einer deutschen Hochschule verteilt wurde . . .

Der **Kernfrage** wird der Streifen vorgeworfen. Jener über das Bild von Paul Klee gelegte weiße Streifen, mit dem sie — unter anderem — ihren Mangel an Zivilcourage verdeckte. Und nun behaupten „Funktionäre der Sittlichkeit“, das sei Pornographie. Wenn nicht noch schlimmeres. Der **Kernfrage** ist es unter Aufbietung aller publizistischen Mittel gelungen, diesen häßlichen Verdacht weit von sich und

Bericht eines Sowjetbürgers. Fortsetzung von Seite 9

Entwicklung vom gläubigen, schließlich nur noch glauben wollenden Bürger der Sowjetunion zu einem Menschen, der ihr System verurteilen muß, weil er den Schritt zur Menschenverachtung und -vernichtung nicht tun kann.

Diese Entwicklung macht es verständlich, daß alles Westliche in Klimows Darstellung wie mit einem Glorienschein umgeben wirkt. Dies Schwarz-Weiß ist allzu grell und tut der aufklärenden Wirkung Abtrag. Auch die Meinung, daß der Verfasser und seine Einstellung zu den politischen Geschehnissen keine Ausnahme bildeten, klingt allzu optimistisch, vielleicht gar mit westlichen Augen gesehen — besonders für uns, die wir die Gläubigkeit und den Fanatismus der deutschen Jugend in der Zeit des Nationalsozialismus kannten. Es ist unwahrscheinlich, daß es sich damit anders in einem Land verhalten sollte, das viel stärker, ja völlig von der übrigen Welt abgeschnitten lebt und eine jahrzehntelange propagandistische Dauerberiesung erlebt hat. Dagegen leuchtet die Beschreibung ein, die Klimow von der zunehmenden Verbürgerlichung der führenden Sowjetschichten gibt. Ihr wesentliches Merkmal ist die ständige Angst, die aus der Erkenntnis dieser Entwicklung erwächst, von der NKWD ausgenutzt wird und so eine Ursache für den Untergang dieser Schichten werden kann.

Karin Ring

die Hüter studentischer Moral in ihre Schranken zurückzuweisen. Und Gottseidank gibt es auch noch andere Leute, die sich ein Gefühl für echte Kunst bewahrt haben und den Klee ohne Banderole sehen möchten. Daß die **Kernfrage** diesem Wunsch trotz des sicher noch reichlich vorhandenen Raumes nicht nachgekommen ist, finden wir allerdings im Interesse dieser Leser bedauerlich. Denn was dem einen sein Roncke-Magazin, ist vielleicht dem anderen seine **Kernfrage** . . .

Der 1. AStA-Vorsitzende der T. H. Aachen stellt in seinem Geleitwort zur 1. Nummer des neu herausgegebenen „**Aachener Hochschulspiegels**“ die Frage nach dem Sinn und dem Ziel einer Studentenzeitung und meint dazu: „Student sein, bedeutet in echtem geistigen Ringen um die Wahrheit zu einer Urteilsbildung zu kommen, und nicht haltlos im Widerspruch der Meinungen hin und her geworfen zu werden . . . diese Zeitschrift ist kein Blättchen der Zerstreuung und Ablenkung, sondern soll zur geistigen Sammlung und Vertiefung hinführen, sie soll dazu anregen, sich mit der geistigen Situation unserer Zeit auseinanderzusetzen . . . sie wird ein echtes Spiegelbild der geistigen und sittlichen Haltung der Studentenschaft werden . . .“

Wir wünschen den Aachener Kommilitonen, daß sie aus ihrer Zeitschrift das machen können, was sie sich vorge-

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

„**Aussprache**“, Heft 10, März 1952

Diese Nummer ist im Juli genau so aktuell wie im März. Schade, daß die Zeitschrift eingehen mußte. Thema einer Lesenumfrage: „Was ist eine demokratische Armee?“ Ein kleiner Teil der Antworten ist auf 38 (!) Seiten abgedruckt. Aber man liest sie in einem Zuge. Ein Leser sandte den Versuch eines Gespräches ein. Daraus folgendes: „Was heißt auch schon demokratische Armee? Man kann die Rangunterschiede und die Disziplin überbetonen, aber man kann sie nicht zum Verschwinden bringen, und so fängt die soldatische Ordnung dort an, wo das demokratische Mitreden von allen und jedem aufhört, zum mindesten im Hinblick auf den Ernstfall, und ohne diesen ständig vor Augen zu haben, wäre alles ja nur Soldatenspielerei.“

Ein anderer Einsender: „Kann man überhaupt eine demokratische Armee schaffen, wenn Demokratie selbst noch nicht verwirklicht ist?“ Fragen über Fragen. Aber eine Menge Antworten und Vorschläge. Freiherr von Gersdorff: „Die demokratische Armee darf kein Instrument der staatlichen Machthaber sein.“ General Georges Picot, Frankreich: „Es handelt sich in erster Linie um eine moralische Frage.“ Jacques Eugène, Paris: „Das eigentliche Problem: eine wirkliche Armee zu schaffen.“ Willi Collmar, Stuttgart: „Deutschland sollte auf eine Armee verzichten.“

Aus dem Schlußwort der Redaktion: „Eine Armee zur Sicherung des Friedens, ist das eine Utopie?“ Natürlich nicht, aber die Russen wollen doch auch den Frieden schützen. Freilich (um mit einer letzten Frage zu schließen) welchen Frieden?

„**Aktion**“, Juli 1952

Diese Zeitschrift hat äußerlich bereits das Format einer Broschüre erreicht. Sechshundneunzig Seiten! Ob das gut ist? Man kann vieles daraus empfehlen. Zum Beispiel: „Im Kampf um Sein oder Nichtsein“ von Herbert Heim. „Quousque tandem, Catilina, abuteris patientia nostra?“ Mit der Frage des Cicero an Catilina beginnt Hein seinen interessanten Aufsatz und kommt nach der Auseinandersetzung mit einer Unzahl provokatorischer Übergriffe, mit denen die Sowjets in der letzten Zeit die Welt beunruhigt haben, zu dem Schluß: „Die Antwort auf diese Frage: Quousque tandem . . .? ist längst fällig. Der Mißbrauch unserer Geduld könnte zu unserem Untergang führen. Wir wünschen der Bundesregierung — jeder rechtmäßigen Bundesregierung — die Härte, die als Antwort auf diese Frage notwendig ist, wenn weiteres Unheil verhütet werden soll.“

„**Außenpolitik**“, Heft 7, Juli 1952

Helmut Schoeck (Fairmont, USA): „Eisenhowers ideologische Position“. Ein im Hinblick auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen lesenswerter Aufsatz. „Sobald dieser Krieg einmal gewonnen ist, hoffe ich, das Wort Politik nie mehr zu hören“, erklärte Eisenhower im Jahre 1943. Heute steht er im Mittelpunkt des Wahlkampfes in Amerika. Senator Henry Cabot Lodge jr., der Hauptmanager des Generals, befürchtet, Eisenhowers fortschrittliche Haltung gegenüber dem Negerproblem könne Stimmen im Süden kosten. Aber: Die Demokraten sehen ihre Hauptchance darin, den General als „überkonservativen Sozialreaktionär“ zu brandmarken. Aus einer Sammlung Eisenhowerscher Reden zitiert Schoeck: „Alle unsere Freiheiten, persönliche, ökonomische, politische, soziale, sind eine Einheit . . . Zerstörung auch nur einer von ihnen zieht unvermeidlich den Untergang der anderen nach sich.“ Und: „Seichte Kritiker beschimpfen das Gewinnmotiv in unserem System der privaten Unternehmung. Sie übersehen die

nommen haben. Als Wunsch — für sie und für uns — möchten wir ihnen ein anderes Zitat Ihres 1. AStA-Vorsitzenden mit auf den Weg geben: „Student sein, heißt eine eigene Meinung zu vertreten, wenn man sie als recht erkannt hat, nicht aus egoistischer Rechthaberei heraus, sondern aus dem Willen, der Sache zu dienen!“

Sybille Fischer-Baling hat man offenbar auch eingeladen. Jedenfalls liest sie allen Kommilitonen, die unter dem Vorwand der Völkerverständigung und anderer fadenscheiniger Gründe nach Amerika fahren wollen, in ihrem Colloquium Artikel „Sie haben uns ja eingeladen“ gründlich die Leviten. Nun glauben wir nicht, daß alle Stipendiaten früher oder später aus dem Gefühl des Auserwähltheits heraus übermütig werden müßten, und auch die Behauptung, die meisten führen aus rein persönlichen Motiven hinüber („... einer hat eine amerikanische Braut, die andere möchte einen netten Mann finden . . .“), können wir nicht unter schreiben. Der gute Wille der Verfasserin, nach drüberfahrende Kommilitonen auf Schwierigkeiten aufmerksam zu machen und „Pannen“ vermeiden zu helfen, ist anerkennenswert. Ob Form und Inhalt des Artikels aber immer dem Niveau einer deutschen Studentenzeitung angemessen sind, ist schon eine andere Frage. Das einzige, was zweifelsfrei daraus hervorgeht und dem ganzen Artikel einen unfreiwillig komischen Akzent gibt, ist die Tatsache, daß die Verfasserin die Methoden zur Erlangung eines USA-Stipendiums offenbar recht gut kennt . . .

moritz

Tatsache, daß es sich hierbei um eine wirtschaftliche Unterbauung einer jeden menschlichen Freiheit, die wir besitzen, handelt.“

„**Der Monat**“, Heft 46, Juli 1952

Hier ist eine Rede von André Malraux abgedruckt, die der Dichter im Rahmen der Veranstaltungen des Kongresses für Kulturelle Freiheit im Mai dieses Jahres in Paris hielt. Überschrift: „Das Abenteuer der Kunst.“ Malraux beginnt: „Einige unter den hier Anwesenden sind gewiß hergekommen, um von uns eine Antwort auf folgende Frage zu hören: . . . welche kulturellen Werte habt ihr an die Stelle der kommunistischen zu setzen? Was habt ihr zu verteidigen?“

Er definiert zunächst den Begriff der Kultur: „Kultur ist die Gesamtheit aller Kunstformen, aller Liebe und aller Gedanken, die ermöglicht haben, in geringerem Maße Sklave zu sein.“ Aber die totalitären Mächte sagen: „Warum sollte unsere Kunst nicht gelenkt sein, wenn die der Kathedralen es war?“ Malraux: „Niemals hatte die Kirche den romanischen und gotischen Meistern einen Stil auferlegt . . .“ Aber: „Sobald der Auftraggeber die Szene betritt, sehen wir die Porträts der Kardinäle erscheinen . . . und bald sollten ihnen die Porträts der Marschälle folgen!“ Daraus hat sich folgerichtig der sowjetische „sozialistische Realismus“ entwickelt. Malraux ist überzeugt, daß es durchaus eine gute kommunistische Malerei geben könnte, aber: wenn man dem kommunistischen Maler „noch vor dem Beginn seiner Arbeit einen bestimmten Stil aufzwingt“, hat er „nicht die geringste Hoffnung mehr, überhaupt so etwas wie ein Maler zu sein.“ Auf der Vermengung der Begriffe „Produktion“ und „Schöpfung“ beruhe auch der Gedanke, daß „die Kunst nur der Ausdruck der Gesellschaft“ ist. Die Bolschewisten sagen, Cézannes Werke seien der Ausdruck bürgerlicher Zersetzung. „Demnach wäre eine bestimmte Kunst jeweils der Ausdruck dessen, das sie aus voller Seele verachtet oder gehaßt hat.“ Cézanne hat aber aus der „Zertrümmerung der akademischen Malerei nicht nur die moderne Kunst, sondern die Wiederaufnahme der Formenwelt von fünf Jahrtausenden gewonnen“.

Malraux sagte am Ende seiner Rede, daß „jede tiefergehende Kultur“ zum „Abenteuer“ werde, und zwar genau so wie die moderne Physik. Eine direkte und konkrete Antwort auf seine eingangs gestellte Frage: „Was verteidigt ihr?“ hat Malraux nicht eigentlich gegeben. Um so gründlicher und eindeutiger seine Stellungnahme gegen jede gelenkte Kunst. —hecht—

### Unser heutiges Wissen

vermittelt in kurzen gemeinverständlichen Darstellungen

die bekannte „**Sammlung Götschen**“

jeder Band DM 2,40.

Verzeichnisse der lieferbaren Bände jederzeit erhältlich bei Ihrem Buchhändler oder beim Verlag

**WALTER DE GRUYTER & CO.**

Berlin W 35 · Genthiner Str. 31

## Fachbücher aller Gebiete

Universitätsbuchhandlung  
**BLAZEK & BERGMANN**

(Dr. H. Bergmann)

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 93633

# Aka flieg!

„Akaflieg“ — das ist für den Uneingeweihten sicher eine sehr rätselhafte Hieroglyphe. Aber wenn man — vielleicht ganz zufällig — am Anschlagbrett der studentischen Verbindungen unserer Universität herausbekommen hat, daß sich hinter dieser Wort-Sphinx der Akademische Fliegerclub verbirgt, sollte man sich bemühen, den möglicherweise aufsteigenden Abscheu vor dieser — sagen wir es frei heraus — recht häßlichen Abkürzung nicht auf die Sache zu übertragen. Denn über die Arbeit unserer fliegenden Kommilitonen kann man nur Erfreuliches berichten.

Als vor etwa einem Jahre in Westdeutschland der Segelflugsport wieder zugelassen wurde, fand sich in Frankfurt ein knappes Dutzend flugbegeisterter Studenten zusammen und gründete den „Akademischen Fliegerclub“. Diese Verbindung, die sich einer gewissen Tradition erfreut — die ersten „Akaflieds“ wurden schon in den zwanziger Jahren ins Leben gerufen —, sah seine Hauptaufgabe nicht allein im Sportlichen. Man will mit Hilfe des Segelfliegens auch Erfahrungen auf dem Gebiete der Meteorologie, der Aerodynamik und der Luftmedizin sammeln.

Aber der Anfang war schwer. Vor allem fehlte es an Geld. Man mußte die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Also wurde im Verein mit der PAA ein Flugfilmabend veranstaltet. Der Erfolg: einige Zeitungen berichteten kurz über die gelungene Veranstaltung. Im August des vergangenen Jahres inszenierte der rührige Club bereits seinen ersten Segelflugtag auf dem Rhein-Main-Flughafen, zu dem mehr als 15 000 Zuschauer erschienen. Das war ein schöner Erfolg mit einem nennenswerten Geldgewinn. Jetzt gingen auch aus privaten, vor allem industriellen Kreisen hin und wieder Geldspenden ein, und da die flugbegeisterten Kommilitonen sich nicht scheuten, ihre finanzielle Lage durch Verkauf von Bausteinen weiter zu verbessern, war das Ziel, mit einem eigenen Segelflugzeug fliegen zu können, schon beträchtlich nähergerückt. Aber es ging nicht ohne einen zünftigen Fliegerball, bei dem der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Kolb das Protektorat übernahm. Nach manch freundlicher Unterstützung durch die Universität, die Stadt und die Industrie war es endlich so weit, daß eine Gruppe Frankfurter Studenten kurz vor Ostern dieses Jahres die erste eigene „Kiste“, eine SG 38 mit Boot, von der Segelflugzeugwerkstatt Buller in Salzgitter abholte.

Wo aber fliegen? Das war ein schwer zu lösendes Problem, und schließlich mußten unsere Kommilitonen bis

nach Bayern fahren. Bei Groß-Ostheim in der Nähe von Aschaffenburg fanden sie das geeignete Gelände.

Ernst Jachtmann, der bekannte Segelflieger und Weltrekordinhaber im Dauerfliegen, hat sich der Frankfurter Studenten angenommen und mit ihnen — allerdings erst nach einem endlosen Papierkrieg mit gewissen Behörden — einen regen Flugbetrieb aufgenommen, was wiederum erst möglich wurde, nachdem Herr Röder, ein „Alter Herr“ des Clubs, seine Winde zum Starten der Maschine zur Verfügung gestellt hätte.



Meisterflieger Ernst Jachtmann läßt sich vor einem Probeflug von Frankfurter Studenten im Boot der SG 38 festschnallen.

So wird nun an jedem Wochenende eifrig geübt. Ein großer Teil der Mitglieder des Akademischen Fliegerclubs konnte bereits seine Flugscheine, die in den Jahren seit 1945 ungültig geworden waren, erneuern.

Mit dem bisher Erreichten sind unsere akademisch gebildeten Segelflieger aber keineswegs zufrieden. Sie sagen, daß die Arbeit erst beginnt. Eine Mü 13, das ist ein Hochleistungsmodell, soll am 22. Juli anlässlich des diesjährigen Fliegerballs in der Mensa getauft werden. Ein „Grunau Baby“ soll folgen. In Zukunft sollen sogar Maschinen in eigener Werkstatt gebaut werden, kurz: sie entfalten ungeahnte Aktivität, unsre fliegenden Kommilitonen, und man ist fast geneigt zu fragen, wann sie eigentlich studieren?

## Bernd Naumann sprang 1,96 m hoch

Genau eine Woche nach den Deutschen Meisterschaften in Berlin, wo sie sich nicht für die Olympischen Spiele in Helsinki qualifizieren konnten, überraschten die Frankfurter Studenten Bernd Naumann und Konrad Wittekindt beim Länderkampf gegen Luxemburg mit hervorragenden Leistungen und zeigten endlich ihre wahre Stärke.

Naumann gelang es schon beim ersten Versuch, die international sehr beachtliche Höhe von 1,96 m zu überspringen und damit eine neue deutsche Jahresbestleistung aufzustellen. Drei weitere Versuche, die auf 2 Meter liegende Latte zu überqueren, scheiterten denkbar knapp.

„Kullo“ Wittekindt ging im 100-m-Lauf mit 4 m Vorsprung durchs Ziel. Die Zeit von 10,7 Sekunden hätte in Berlin zum zweiten Platz und zur Fahrt nach Helsinki gereicht.

Zu einem weiteren Erfolg kam die deutsche Mannschaft durch unseren Kommilitonen Günther Theilmann, der die 110 m Hürden in 15,5 Sekunden gewann.

Fritz Gleim, der vierte Frankfurter Student, kam im Stabhochsprung und im Weitsprung mit 3,40 m bzw. 6,97 m jedesmal auf den zweiten Platz und trug somit wesentlich zu dem hohen Punktseig (100 : 51) der deutschen Mannschaft bei.

### Berichtigung:

Der in der Juni-Ausgabe veröffentlichte Bericht „Hochschulmeisterschaften in Balingen“ hatte als Unterzeile „Frankfurt stolperte über Institutsschulden“. Das stimmt nicht. Frankfurt stolperte über Sportreferatsschulden. Professor Altrock wird in unserer nächsten Ausgabe zu dem Artikel Stellung nehmen.

## NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

In der Woche vom 1. 7. bis 7. 7. 1952 beteiligte sich die Studentenschaft an den Planierungsarbeiten im Innenhof des Studentenhauses. Die Gruppen und Verbindungen wurden schriftlich dazu eingeladen, die übrige Studentenschaft durch Aushang darauf hingewiesen. Es beteiligten sich 120 Studenten mit zusammen 370 unbezahlten Arbeitsstunden. Nur 8 der beteiligten Studenten gehörten keiner Gruppe oder Verbindung an.

Unser neu erbautes Studentenhaus, das u. a. eine Mensa, einen Festsaal, einen Kulturraum, verschiedene Klubräume und eine Anzahl Wohnräume erhalten wird, wird voraussichtlich im Januar 1953 beziehbar sein.

Dank der Initiative des an der hiesigen Universität bestehenden Chicago-Ausschusses konnten für die Dauer eines Jahres zwei Stipendien für eine Studentin und einen Studenten an unserer Patenuniversität in Chicago beschafft werden. Die beiden Kandidaten reisen Mitte September nach Chicago. Auch ihre Überfahrt konnte finanziert werden. Ende August wird ein Student aus Chicago hier eintreffen und erhält ein von unserer Universität gestelltes Stipendium.

Zwei Bunte Abende wurden gemeinsam mit den an der hiesigen Universität weilenden ausländischen Kommilitonen veranstaltet.

Im Rahmen des VDS-Auslandsreiseprogramms fahren 20 Studenten nach England, 20 nach Stomboli, 6 nach Schweden, 3 in die Schweiz, 3 nach Jugoslawien, 1 nach Finnland und 2 Studenten nehmen an der Mittelmeerreise teil.

Außerdem fahren 5 Studenten und 1 Professor nach Amerika zum Studium der studentischen Selbstverwaltung, wahrscheinlich in den Staat Minnesota.

Vom 15. September bis 10. Oktober fahren 1 Professor und 20 Studenten über Österreich, Jugoslawien, Griechenland nach der Türkei. Diese Reise wird vom AstA unserer Universität veranstaltet.

Im Laufe des Sommersemesters konnten vom Sozialreferat des AstA DM 300.— an Studenten, die sich in einer besonderen Notlage befinden und die vor dem Examen stehen, verteilt werden.

Das Kulturreferat des AstA hat im Juni in der Aula der Uni einen Beethoven-Abend mit Karl Delseit, Köln, als Solist veranstaltet.

Am 5. 7. 1952 wurde der Landesverband Hessen im VDS in Darmstadt gegründet. Stud. rer. pol. Günter Gruppe (1. AstA-Vorsitzender), Ffm., und cand. vet. med. Schmid (1. AstA-Vorsitzender), Gießen, wurden zu Landesdelegierten gewählt.

Der Einsendeschluß für den vom Bundesministerium für Angelegenheiten des Marshallplanes ausgeschriebenen Photowettbewerb „Mach das beste Bild vom Marshallplan!“, an dem sich auch Studenten beteiligen können, ist bis zum 15. September verlängert worden. Die Auf-

nahmen, die die Erfolge des Marshallplanes darstellen sollen, können bei den AstA oder bei der Geschäftsstelle des Landesjugendringes abgegeben werden. Es sind Preise in der Höhe von 50 000.— DM ausgesetzt worden, darunter Gutscheine für Photogeräte nach freier Wahl, Motorräder, Motorroller, Faltboote, Radios, Schreibmaschinen.

Prof. Dr. Oscar Gans, der Direktor der Universitäts-Hautklinik, nimmt an dem Ende Juli in London stattfindenden 10. Internationalen Dermatologenkongreß teil.

Prof. Dr. Helmut Osthoff, der Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts, wurde von der unter der Schirmherrschaft der Königin von Holland stehenden „Vereeniging voor Nederlandse Muziekgeschiedenis“ zu ihrem Mitglied gewählt.

Prof. Dr. Friedrich Hund, der Direktor des Instituts für Theoretische Physik, nahm an einer physikalischen Konferenz am Institut für Theoretische Physik in Kopenhagen teil.

Prof. Dr. Richard Klar folgte einer Einladung der Brasilianischen Bundesregierung zur Begutachtung von Industrien und Projekten in mehreren Staaten Brasiliens. Er war Gast verschiedener Forschungsinstitute und Universitäten des Landes und hielt Vorträge vor der brasilianischen Akademie der Wissenschaften, dem nationalen Forschungsrat und der brasilianischen chemischen Gesellschaft.

Die Hessische Regierung hat aus Kreisen des Bankwesens Stiftungsmittel erhalten, um das bereits an der Universität Frankfurt bestehende Institut für Kreditwesen zu beleben und einen Lehrstuhl für Währungs- und Bankpolitik zu errichten. Für die Besetzung des Lehrstuhls ist der außerplanmäßige Professor Dr. Otto Veit in Aussicht genommen. Er wird der Wi-So-Fakultät angehören. Es schweben allerdings Verhandlungen darüber, ob er wegen der vielen Berührungspunkte seines Arbeitsgebietes organisatorisch zugleich der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zugeordnet werden soll.

### Errata

„Alles für Dich!“ hieß der Bildbericht in unserer Juni-Ausgabe, in dem uns ein bedauerlicher Irrtum unterlief. In der Textunterschrift zu dem Bild des Studentinnen-Tagesheimes hieß es, daß die Räume vom Akademikerinnenbund, „unterstützt von der Uni und Frankfurter Firmen“, eingerichtet wurden. Leider haben wir erst, als sich die Nummer schon im Druck befand, erfahren, daß die Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität mit 500.— DM an der Einrichtung beteiligt gewesen ist. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion.

Vorhang zu! Unter diesem Titel brachten wir in unserer Sondernummer vom Universitätsfest einen Bericht über den Palmengartenball. Nachträ-

## Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank

Gegründet 1821

vormals L. A. Hahn

Aktiengesellschaft seit 1872

Frankfurt am Main

Friedrich-Ebert-Straße 30

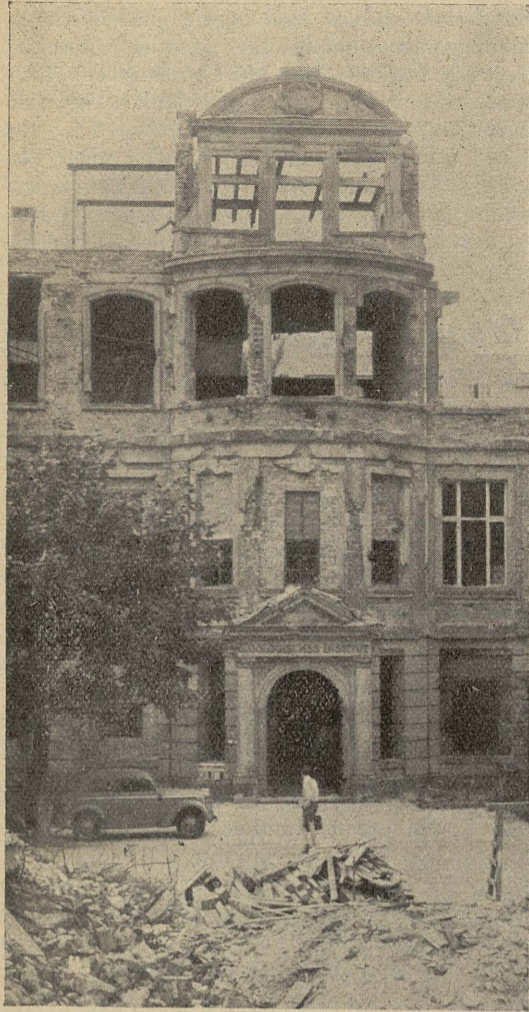
Bank-Spar-Konten

Außenhandelsbank

Fernsprecher: Nr. 9 04 21

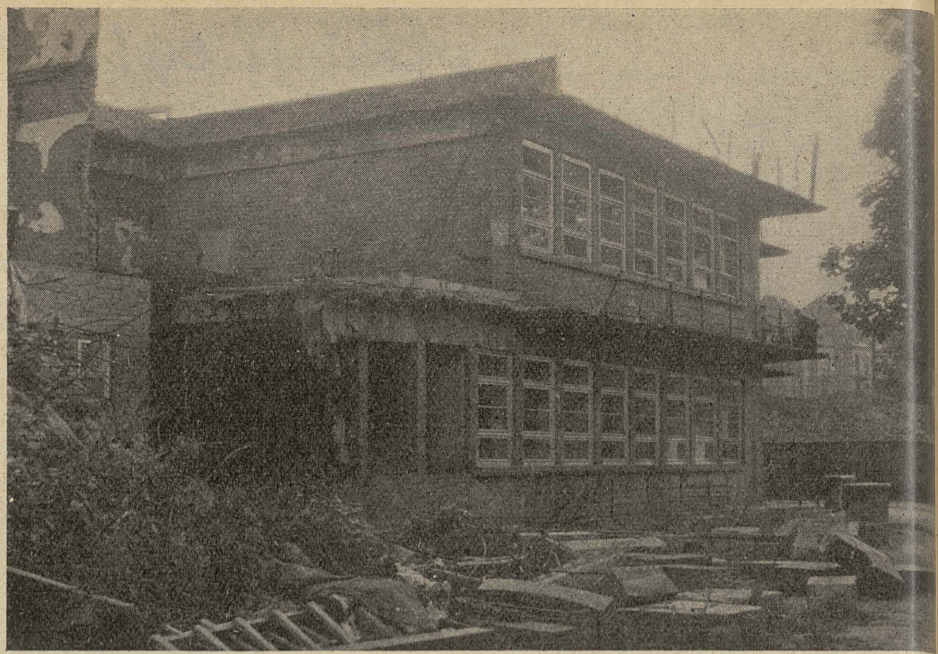
Fernschreiber: 04-12 49

# Forschung in Ruinen



Hinter den Mauerresten und Fensterlöchern des Zoologischen Institutes arbeiten Studenten und Dozenten — schon sechs Jahre.

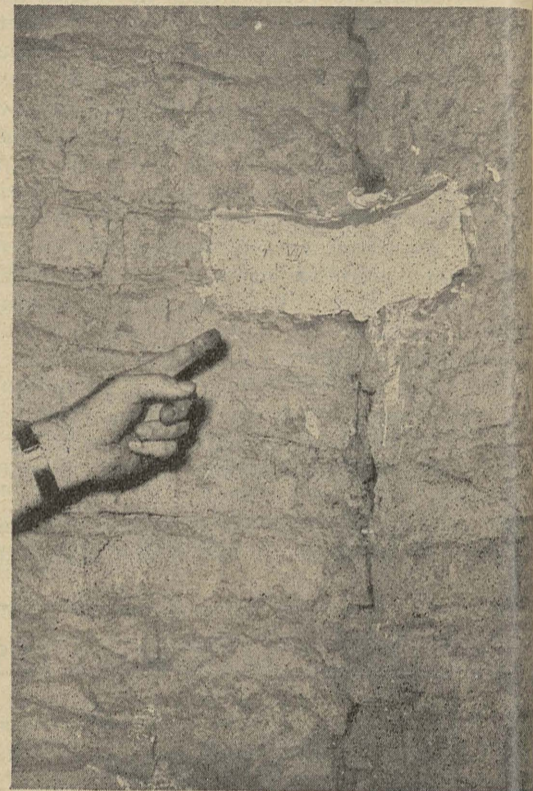
Gebäude und Einrichtungen der Frankfurter Universität waren bei Kriegsende zu 67,5 Prozent zerstört. In manchen Instituten studieren und forschen Studenten und Dozenten noch heute unter Bedingungen, die auch der sorgloseste Arbeitgeber seinen Arbeitern nicht zumuten würde. Einige Beispiele haben wir herausgegriffen, wir könnten sie beliebig vermehren. — Jahre wird es noch dauern, bis alle Schäden beseitigt sind. Immer noch sind 30 Mill. D=Mark nötig, um allein den Vorkriegszustand zu erreichen. Für den Wiederaufbau erhielt die Universität bisher 1,5 Mill. R=Mark und 8,26 Mill. D=Mark.



Ein Stockwerk fehlt ganz, eines zur Hälfte. Die Arbeitsplätze sind doppelt belegt; Entlüftung nicht intakt, folglich im ganzen Bau gesundheitsschädigende Dämpfe. 120 Studierende arbeiten hier im Pharmazeutischen Institut.



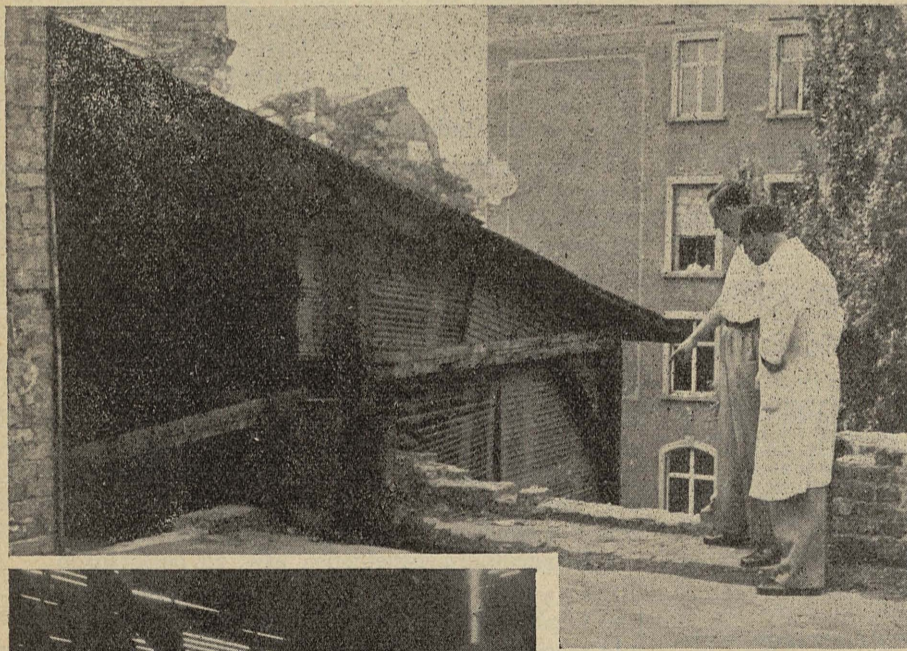
Gefährlicher Übergang: kein anderer Weg führt zu den Arbeitsräumen und der Bibliothek des Geologischen Institutes. Ein Schritt zu weit seitlich in der Dunkelheit und man stürzt 10 m in die Tiefe. — Über die windige Treppe (links unten) steigen die Zoologen und Geologen. „Chinesisches Freudenhaus“ heißt der Aufgang bei ihnen wegen seiner luftigen Außenverkleidung. Treppengeländer: alte Holzlatten, die manchmal ganz fehlen.



Meterlange Risse in den Wänden, bis zu 15 cm breit. Gipsklammern zeigen an, wann sich ein Spalt wieder erweitert. Noch ist keine Wand eingestürzt, noch wurde niemand darunter begraben ...

8 qm groß ist der Raum, in dem der Professor arbeitet und forscht. Das stille Kämmerchen diente in besseren Zeiten einmal als — Herrentoilette.

Bildbericht von S. W. Birkner



In diesem Raum mit den kahlen Mauern studieren und praktizieren 10 Doktoranden. Primitiver geht es kaum.



Nicht Chicago University, sondern ein tatsächlich schon renoviertes Stück der Frankfurter Universität.

